

zentralasien- analysen



www.laender-analysen.de/zentralasien

RECHTSKULTUR IN KIRGISTAN DIE STIMMUNG IN KIRGISTAN

■ ANALYSE

- Recht und Gerechtigkeit in Zentralasien
Wie das Rechtsleben in Kirgistan gegenwärtig gestaltet wird 2
Von Mahabat Sadyrbek, Berlin

■ DOKUMENTATION

- Erstaunlicher Optimismus?
Ergebnisse einer Meinungsumfrage im Februar 2012 in Kirgistan 6

■ CHRONIK

- Vom 24. März bis 20. April 2012 14

■ LESETIPP

- Abstracts von Aufsätzen aus OSTEUROPA 3/2012 mit Bezug zu Zentralasien 22



Forschungsstelle Osteuropa
an der Universität Bremen

DGO

► Deutsche Gesellschaft
für Osteuropakunde e.V.

Recht und Gerechtigkeit in Zentralasien

Wie das Rechtsleben in Kirgistan gegenwärtig gestaltet wird

Von Mahabat Sadyrbek, Berlin

Zusammenfassung

In allen fünf zentralasiatischen Staaten bestehen bis heute vielerlei Probleme bei der Schaffung des Rechtsstaates und der Durchsetzung des Rule of Law. Die Bevölkerung sieht sich Rechtssystemen gegenüber, in denen Geld und Beziehungen mehr zählen als die Buchstaben des Gesetzes. Insbesondere in Kirgistan haben die Bürger nach zwei Umstürzen das Vertrauen in die staatliche Jurisdiktion weitgehend verloren. Das bedeutet aber nicht, dass sie in einem völlig rechtsfreien Raum leben: Im Falle bestimmter Vergehen treten wiederlebte traditionelle Rechtsinstitute an die Stelle der staatlichen Gerichte. Die Autorin zeigt am Beispiel des Qun, wie Recht und Gerechtigkeit durch gesellschaftlich akzeptierte, nicht staatliche Institute und Regeln hergestellt werden und sieht darin einen stabilisierenden Faktor in der nach wie vor fragilen Situation des Landes.

Alle fünf zentralasiatischen Staaten sind trotz formal rechtsstaatlicher Verfassungen noch weit von der Verwirklichung des Konzepts des Rule of Law entfernt. Dies ist und bleibt für die jungen Nationalstaaten, die in ihrem historisch-gesellschaftlichen Kontext zwar verschiedene Verwaltungsordnungen und Rechtstraditionen (Gewohnheitsrecht bzw. Schariatrecht) aufweisen, aber wenig Erfahrung mit der Rechtsstaatlichkeit bzw. Gesetzesherrschaft im modernen Sinne haben, ein schweres Unterfangen. Durch die Aufteilung in Sowjetrepubliken wurden die unterschiedlich organisierten Bevölkerungsgruppen Zentralasiens mit einer gemeinsamen Rechtsordnung („zakon“) der Sowjetherrschaft bekannt gemacht. Das von Außen ohne Bezug auf die lokalen und religiösen Rechtskulturen oktroyierte sowjetische Rechtssystem bot den Menschen einen gewissen sozialen und rechtlichen Schutz. Es herrschte eine allgemein anerkannte Verpflichtung zu gesetzmäßigem Handeln, woran sich die Menschen heutzutage mit Sentimentalität erinnern oder Vergleiche ziehen: »zur Sowjetzeit gab es ja den Staat und die Gesetze«.

Mit dem Zerfall der Sowjetunion wurden die bestehenden Staatseinrichtungen brüchig und erwiesen sich als irreparabel. Staatsorgane und Rechtsinstitutionen sind bis heute nur begrenzt in der Lage, den Menschen ausreichend Schutz zu bieten und auf der Grundlage der verfassungsmäßig erlassenen Gesetze Gerechtigkeit und Rechtssicherheit zu gewährleisten. Die Gesetzeshüter missachten für die Durchsetzung ihrer persönlichen Interessen selbst den Rechtsrahmen und signalisieren damit dem Rest der Gesellschaft die Überflüssigkeit gesetzmäßigen Handelns. In Kirgistan manifestierten die politischen Ereignisse in den letzten sieben Jahren mehrmals einen nahezu anarchischen Zustand, der sich auch darin ausdrückt, dass die Menschen Eigentumsrechte, Gesetze und staatliche Entscheidungen nicht mehr akzeptieren und respektieren, sondern zunehmend

auf das Recht der Straße setzen. Die beiden Umstürze unter »demokratischen« Vorzeichen im Frühjahr 2005 und 2010 waren im Prinzip eine Summe von Plünderungen, Brandstiftungen und schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen. Der interethnische Konflikt im Süden des Landes mit ungeheuren Gewalttätigkeiten und Vergeltungsakten im Sommer 2010 brachte das Land an den Rand des Legitimitätsverlustes und rüttelte an den Säulen des sowieso schon fragilen Staates. Der Übergang zur parlamentarischen Republik im gleichen Jahr stiftet zwar Hoffnung auf Demokratie und Stabilität, realistisch betrachtet fehlen dafür aber zurzeit die unabdingbaren strukturellen Grundvoraussetzungen.

Ruling by Law statt Rule of Law

In Staaten, in denen die Staatsgewalt nicht an das Recht, sondern an ein paternalistisches Herrschaftsverständnis gebunden ist, herrscht entweder Willkür oder das Recht derjenigen, die es beherrschen. Im Falle der zentralasiatischen Staaten ging die Personifizierung des Rechts mit der des Politischen einher. Persönliche Interessen setzen den Maßstab zum Regieren und werden als Begründung für hoheitliches Handeln angeführt. Die staatlichen Rechtsorgane orientierten sich weniger am Gesetz als an Loyalitäts- und Patronagebeziehungen. In Kirgistan gab es noch nie eine autonom organisierte Rechtspflege. Die Suche nach Recht und Gerechtigkeit auf offiziellem Wege ist für einfache Bürger eine komplexe Angelegenheit geworden, deren positiver Ausgang ausreichend Einfluss, Vermögen und gute gesellschaftliche Beziehungen verlangt. Denn jede Gerichtsverhandlung kann jederzeit von außen beeinflusst werden und das Urteil ist meistens nach rechtlichen Maßstäben nicht ansatzweise vorhersehbar. Letztendlich werden die Fälle unabhängig von der Schwere des verhandelten Deliktes und der Beweislage entschieden. Verfahren wird nach dem Motto »Wer kennt wen?« bzw. »Wer bietet mehr?«.

Ist eine der Parteien mit einem bekannten Namen versehen oder Mitarbeiter einer staatlichen Einrichtung der Rechts- und Ordnungspflege, so tritt jedes Recht außer Kraft. Daher empfiehlt es sich für Geschädigte, selbst die Zügel in die Hand zu nehmen und bei der Verfolgung und Ahndung von Vergehen nicht auf die staatliche Rechtsprechung zu rekurrieren.

Rechtsppluralismus

In Kirgistan bestehen damit gegenwärtig die strukturellen Bedingungen für eine pluralistische Rechtspraxis, d. h. es existieren mehrere Rechtstraditionen und Normsysteme innerhalb einer Gesellschaft. Da es in der kirgisischen Gesellschaft weder ein klar definiertes Gewohnheitsrechtssystem wie z. B. das Adat gibt noch das Islamische als dominierende Religion stark verrechtlicht ist, setzt sich die nichtstaatliche Rechtschöpfung aus unterschiedlichen Quellen zusammen. Auch die Konturen zwischen dem Offiziellen und Nicht-Offiziellen sind verwischt, weil viele Fälle zwar durch ein außergerichtliches Verfahren entschieden, jedoch manchmal vorher bei den zuständigen Behörden aktenkundig gemacht werden. Ein gutes Beispiel dafür ist der nach staatlichem Strafrecht mögliche Beschluss der »Aussöhnung« der Parteien auf friedlichem Wege, d. h. der Kläger kann den Angeklagten in einem sog. »Aussöhnungsbrief« »freisprechen«. Das Stück Papier mit frei formuliertem Text und mit der Unterschrift des Klägers ist ein sehr verbreitetes Mittel, mit dessen Erhalt alle Ermittlungen und Befragungen durch die Justiz eingestellt und die Polizeiakte geschlossen werden kann. Es gibt keinerlei Regeln und Anleitungen, wie und durch welche zusätzlichen Akteure diese »Aussöhnung« zustande kommen soll. Genauso unklar und undefiniert sind die staatlich anerkannten Ältestengremien (Aksakaldar Sotu), die in der Regierungszeit Askar Akajews als eine der traditionellen Gerichtsformen vorsowjetischen Ursprungs revitalisiert und institutionalisiert wurden. Offiziell haben sie die Befugnis, sich mit »geringfügigen Straf- und Kriminaltaten« der Gemeinschaften zu beschäftigen und Urteile nach ihrem individuellen Ermessen zu fällen, die jedoch pragmatisch, religiös, traditionell usw. begründet werden müssen. Sie verfügen aber weder über die Macht noch über konkrete Mittel, ihre Entscheidungen durchzusetzen. Ohne Aussicht auf eine weitere staatliche Förderung werden die Ältestengerichte gegenwärtig immer seltener in Anspruch genommen. Dagegen fungieren die potenziellen Mitglieder der Ältestengerichte, d. h. die religiösen Führer (Moldo) und ältere Personen immer öfter in ihrem jeweiligen Stammes- und Verwandtschaftskreis als Schiedsrichter und Vermittler. Das hängt damit zusammen, dass die Menschen, die sich bewusst von jeglichen übergeordne-

ten staatlichen Instanzen abgrenzen, in ihre Streit- und Konfliktfälle auch nur diejenigen involvieren wollen, zu denen sie sozialen und verwandtschaftlichen Bezug haben oder in persönlicher Interaktion stehen. Dementsprechend hängt das außergerichtliche Vorgehen und das Aushandeln von Straftaten von unterschiedlichen Faktoren ab, wie z. B. wer die rechtssprechenden Personen sind, auf welcher Basis sie ihre Urteile fällen und welche moralischen Ansprüche sie geltend machen (wollen) usw. Jeder Fall stellt damit zwar eine spezielle und situative Handlungsweise dar, man kann anhand immer wiederkehrender Situationen aber doch bestimmte Verhaltens- und Handlungsmuster sowie Rechtspraktiken identifizieren und als etabliert und allgemein üblich erkennen. Eine davon ist das Rechtsinstitut *Qun*, das die Regulierung von Rechtsbrüchen zwischen Geschädigtem und Schädiger direkt und unter Ausschaltung einer staatlichen Instanz regelt.

Qun – eine alte Rechtstradition

Der kirgisische Begriff »Qun« kann im Deutschen in etwa als »Blut« übersetzt werden. Mit angehängten Verben wie »verfolgen« (kirg. »qun-kubaloo«) und »zahlen« (kirg. »qun-tölöö«) ist er als Blutrache und Blutpreis zu verstehen. Qun geht auf die Rechtstradition der kasachischen und kirgisischen Nomadenstämme der vorsowjetischen Ära zurück, wo die Ermordung eines Menschen und die Verfolgung seines Qun durch seine Angehörigen, blutige Kämpfe und Anfeindungen zwischen verschiedenen Stammesgruppen zur Folge hatten. Den wenigen schriftlichen rechtsethnographischen Überlieferungen zufolge galt dabei der Grundsatz »Auge um Auge, Zahn um Zahn« und wurde in bis zu sieben Generationen fortgesetzt. Die Auseinandersetzung konnte nur durch die Qun-Zahlung gestoppt werden, die mit Zustimmung der Verwandten des Ermordeten durch eine bestimmte Menge von Vieh – der wichtigsten und wertvollsten Existenzgrundlage der Nomaden – definiert wurde. Die Höhe des Qun hing von der sozialen Herkunft des Geschädigten ab und falls sie zu hoch angesetzt wurde, mussten die Stammverwandten des Schädigers dafür aufkommen. Unter diesen Umständen, d. h. aufgrund des Fehlens eines staatlichen Apparates der Bestrafung, half die Anwendung der Qun-Institution, Konflikte zwischen den Stämmen einigermaßen zu lösen und wurde in den Gesetzesbüchern der kirgisisch-kasachischen Khane als Ersatz für die Blutrache und Todesstrafe angesehen.

Qun hat sich heute in Kirgistan als allgemein anerkannte Rechtsinstitution im Falle fahrlässiger Tötung etabliert und verbreitet, nach meinen Recherchen besonders nach Verkehrsunfällen. Wie ein Mitarbeiter der Verkehrspolizei, der sowohl in der Großstadt als auch in ländlichen Gebieten tätig war, versicherte, wird es bei

99% der Verkehrsunfälle mit Personenschaden angewandt. Die Qun-Zahlung wird zwar immer noch als Ersatz für die mögliche Blutrache betrachtet, gewinnt allerdings den gegenwärtigen Gegebenheiten entsprechend zusätzliche Bedeutungen und Interpretationsvarianten. Sie antizipiert vor allem die Entstehung von Konflikten und sorgt für die Bewahrung des gesellschaftlichen Equilibriums, das wegen einer kriminellen Tat aus dem Gleichgewicht zu geraten droht. Anhand realer Fälle wird im Folgenden der Versuch unternommen, das Rechtsinstitut Qun exemplarisch zu beschreiben.

»Verzichte auf das Blutgeld seines Vaters, wenn sich der Täter vor Dir niederkniet«

»Aldynga tüşsö atangdyn kunun kech« (Verzichte auf das Blutgeld seines Vaters, wenn sich der Täter vor Dir niederkniet) sagt ein kirgisches Sprichwort und beschreibt damit zugleich den Prozess des Qun. Dieser fängt mit einem traditionellem »aldyna tüşhüü« (sich vor jemandem Niederknien) an, der gleichgesetzt mit einem Schuldbekennnis, einen hohen Stellenwert in der kirgisischen Rechtskultur hat und als Türöffner für Verhandlungen auf »kirgisische Art« d. h. gemäß des Qun gilt. Ausgeführt wird diese Entschuldigungsgeste von dem Schuldigen, der in der Regel nicht vorsätzlich einen Todesfall verursacht hat. Unmittelbar nach der Tat mobilisiert er dafür zunächst sein soziales Umfeld, bittet ältere Respektpersonen aus der Nachbarschaft und Verwandte sowie redegewandte Freunde seines Vertrauens zu sich und begibt sich in ihrer Begleitung zu den Angehörigen des Opfers, bei denen er sich vor der Tür, bzw. auf der Schwelle kniend mit gesenktem Kopf oder manchmal auch nur verbal entschuldigt. Damit bekennt er sich zu seiner Schuld, zeigt Reue, äußert Mitgefühl und auch die Bereitschaft, den Leidtragenden in irgendeiner Form zu dienen bzw. seine Strafe abzubüßen. Die Anwesenheit der Älteren ist in der vom Hierarchiedenken und Senioritätsprinzip geprägten kirgisischen Gesellschaft ein Garant dafür, dass die um Entschuldigung Bittenden von den Leidtragenden nicht tötlich angegriffen werden. Ihrem Vermittlungsgeschick, sowie ihrer juristischen Rhetorik und Eloquenz kommt in solchen prekären, hochemotionalen und kritischen Situationen eine besondere Rolle zu: Sie müssen verhindern, dass Streit entsteht und die Situation eskaliert. Gekonnt müssen sie Sprichworte wie das oben genannte und viele andere »konsensbildende Weisheiten« vortragen, die Protagonisten zu Vernunft und Toleranz auffordern und für die Bewahrung des Friedens plädieren. Darüber hinaus muss die Täterseite die Angehörigen des Verstorbenen davon überzeugen, dass die Tat ein »Unfall« bzw. ein unvorhergesehenes Ereignis ohne Alkoholeinfluss oder böse Absichten war. Dafür reicht meist der Hinweis,

dass Opfer und Täter sich nicht kannten, auf Naturereignisse oder einen Alkoholest. Auch dass der Beschuldigte an der Unfallstelle Maßnahmen für den Verletzten oder Verstorbenen ergriffen (Fahrt ins Krankenhaus, dortige Betreuung, Suche nach den Angehörigen usw.) und sich anschließend gestellt hat, wird strafmildernd zur Kenntnis genommen. In der Regel sind etwas Zeit und mehrere Versuche vonnöten, bis die Entschuldigung durch die Angehörigen des Opfers angenommen wird. Sie erfolgt symbolisch durch den Einlass in das Haus der Geschädigten zum Leichenmahl und die Entgegennahme ihrer »Beiträge« zur Gestaltung der Beerdigung und der Gedenkfeier. Die mehrere Tage dauernden Bestattungszeremonien, bei denen etliche Stück Vieh geschlachtet und große Mengen von Lebensmitteln beschafft werden müssen, sind sehr aufwendig und bedeuten in der gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation eine enorme Last. Oft stürzen sich die Hinterbliebenen in große Unkosten, um den lokalen Beerdigungsritualen gerecht zu werden. Daher ist die finanzielle Entlastung der Angehörigen bei der Trauerfeier aus ökonomischer Sicht inzwischen eine Selbstverständlichkeit und gilt zum Teil als Abtragung von Schuld gemäß des Qun. Eine Mutter sprach in ihrem speziellen Fall vom »zweifachen Opfer-Sein«, da sie für die Beerdigung ihres Sohnes keinerlei Unterstützung vom Täter erhielt, der aus praktischen Erwägungen und Kostengründen den offiziellen Weg dem außergerichtlichen vorgezogen hatte.

Befreiung vom Qun

Nach dem Ende der Trauerfeiern beginnen die Verhandlungen über Form und Höhe der Qun-Zahlung an die Familie des Opfers. Diese hängen von unterschiedlichsten Rahmenbedingungen ab und erfolgen auf so verschiedenen Wegen, dass man sie nur anhand konkreter Beispiele darstellen kann. In einem der Fälle war ein junger Familienvater umgekommen und hinterließ ein halbfertiges Haus. Neben den üblichen Abgaben für das Begräbnis und die Gedenkfeier verpflichtete sich der Schuldige unverzüglich für den Fertigbau des Hauses. Entsprechend reichte dies den Entscheidungsträgern als Qun-Entschädigung für die junge Familie, die ihren Brotverdiener verloren hatte, aus. Laut der Aussage der Opfer-Familie ging der Täter »ehrevoll« mit seinem rechtswidrigen Verhalten um. Für den Beschuldigten war dies eine »Möglichkeit«, sich »vom Qun bzw. von dem vergossenen Blut zu befreien« und auch von einem lebenslangen Verantwortungsgefühl gegenüber den Kindern des Opfers, was im Kirgisischen durch den Begriff »ubal« erklärt wird. In einem ähnlichen Fall ließ der Täter der Opfer-Familie eine regelmäßige finanzielle Unterstützung zukommen und sorgte auch in anderer Form für das Wohlergehen der Kinder bis zu deren Voll-

jährigkeit. Da die Verhandlungen ohne offizielle Instanzen stattfinden und die Ausführung der Verpflichtung seitens der Beschuldigten behördlich nicht überwacht werden kann, bleibt die Umsetzung letzten Endes dem individuellen Rechtsempfinden der Beteiligten überlassen. Als verbindlich und verpflichtend werden außer »ubal« die Begriffe »Ehre«, »Schande« und Redensarten wie z. B. »Gib dem Mörder deines Vaters deine Mutter zur Frau« empfunden. Ansonsten gibt es beim Qun keine rechtliche Sicherheit für die Opfer.

Die bisher untersuchten Fälle lassen den Schluss zu, dass die Qun-Zahlung heute meist in finanzieller Form erfolgt. Die Höhe wird zwar unter Berücksichtigung der Lebensverhältnisse und -umstände (Familie, Kinder), sozio-ökonomischer Lage und auch des gesellschaftlichen Stands beider Seiten definiert, sie bewegt sich seit einigen Jahren im Todesfall zwischen 50.000 und 100.000 Som (ca. 800 und 1.600 Euro). Diese Summe wird gegenwärtig als einigermaßen gerecht empfunden, weil sie für den Aufbau einer neuen Existenz ausreichend angesehen wird. Was das Qun für eine physische Verletzung anbelangt, so ist eine Entschädigungsform üblich, die je nach Verwundung und Funktion des jeweiligen Körperteils einzuschätzen und abzubüßen ist.

Es bleibt festzuhalten, dass Qun heutzutage nicht als Rechtsinstitut für ein vorsätzliches Tötungsdelikt und Mord angewendet werden kann, hier ist auch nach heutiger Überzeugung der Bevölkerung die staatliche Gerichtsbarkeit zuständig; denn es gilt, dass »nur die unverschuldete Tat Qun beanspruchen kann«, sonst wäre es ein ungerechter »Freikauf von Mord«. Der Mufti von Kirgistan, Tschubak Hadschi Dschalilow, sieht in Qun ein traditionelles, aber auch modernes und durchaus mit dem Islam übereinstimmendes Rechtsinstitut, das in Zukunft in das offizielle Rechtssystem des Landes integriert werden sollte.

Fazit

Die exemplarische Darstellung des Rechtsinstituts Qun, seine Betrachtung und Auslegung in der Geschichte

und Gegenwart verschafft Einsicht in die innere Wirklichkeit der kirgisischen Rechtskultur und in ihre Komplexität. Diese befindet sich in einem Wandel, in welchem Recht und Gerechtigkeit aufgrund der fehlenden sozialen und rechtlichen Sicherheit teilweise auf individuellem Wege geschaffen werden. Dabei versucht man »humanere«, »kirgisisch-spezifische« und »traditionelle« Lösungen bzw. Strafformen und Urteile herbeizuführen, denen pragmatische, religiöse und kulturelle Überlegungen zu Grunde liegen. Die Anwendung des Qun beispielsweise als Element aus dem Gewohnheitsrecht scheint in dem jeweiligen sozio-ökonomischen Kontext durchaus nachvollziehbar. Auch seine als stabilisierend und effektiv angesehene Wirkung ist nicht gering zu schätzen. Dennoch steht fest, dass in dieser Rechtsprechung dem Pragmatischen viel Platz eingeräumt wird, in dem die aktuelle sozio-ökonomische (Not)Lage der Bevölkerung eine entscheidende Rolle spielt. Dabei bleibt die eigentliche Schuldfrage meistens nebulös. Die Qun-Zahlung, die meist in Form eines materiellen Ausgleichs abzubüßen ist, resultiert hauptsächlich aus der juristischen Hilflosigkeit, in der das gesamte Rechtssystem die Menschen zurücklässt. Solange es in Kirgistan allerdings kein Recht im modernen Sinne gibt, d.h. ein System von Regeln mit allgemeinem Geltungsanspruch, das von gesetzgebenden demokratisch legitimierten Institutionen geschaffen und nötigenfalls von Organen der Rechtspflege durchgesetzt wird, werden die Menschen ihr eigenes Recht leben und notgedrungen auf Alternativen wie Qun zurückgreifen müssen. Dennoch ist das Qun keine Alternative zu einem funktionierenden Rechtsstaat, bei dem ein rechtswidriges Verhalten auf Grund der konkreten Beweislage gehandhabt wird und deshalb muss es in Zukunft durch grundlegende Rechtsreformen unterbunden werden.

Der Leitsatz: »Vor dem Gesetz sind alle gleich« ist ja schon in Deutschland nur eine Idealvorstellung, die man zu erreichen sucht. In Kirgistan entzieht er sich dem Vorstellungsvermögen der Menschen.

Über die Autorin:

Mahabat Sadyrbek hat in Hannover Germanistik/Politikwissenschaften und European Studies in Brüssel studiert. Zurzeit ist sie Doktorandin an der Berlin Graduate School Muslim Cultures and Societies der FU Berlin und Stipendiatin der Gerda-Henkel-Stiftung. In ihrer Dissertation beschäftigt sie sich mit dem Thema der Ethnografie des Rechts in Kirgistan am Beispiel des Qun.

Lesetipps:

- Natasha Yefimov: Kyrgyzstan: Tragic Traffic Accident Casts Spotlight on Poor Road Safety. November 1, 2011, = <http://www.eurasianet.org/node/64426>
- Chris Rickleton, Kyrgyzstan: Unpopular Judiciary Difficult to Reform, April 10, 2012, = <http://www.eurasianet.org/node/65246>
- Cynthia Alkon, The increased use of "reconciliation" in criminal cases in Central Asia: A sign of restorative justice, reform or cause for concern?, in: Pepperdine Dispute Resolution Law Journal 8(2007)1, pp. 41–116.
- David E. Merrel, State engagement with non-state justice: How the experience in Kyrgyzstan can reinforce the need for legitimacy in Afghanistan, in: Central Asian Survey 29(2010)2, pp. 205–217.

Erstaunlicher Optimismus?

Ergebnisse einer Meinungsumfrage im Februar 2012 in Kirgistan

Kirgistan ist aus unseren Medien weitgehend verschwunden, nach dem bewegten Jahr 2010 scheint das Land von Außen betrachtet zur Ruhe gekommen zu sein. Die Wahl Almasbek Atambajews zum neuen Präsidenten am 30. Oktober 2011 und die darauffolgende erste demokratisch legitimierte, friedliche und nicht auf biologischen Gründen beruhende Amtsübergabe am 1. Dezember 2012 wird von Kirgisen als vorbildhaft für die gesamte Region betrachtet.

Bei genauerer Betrachtung sind aber eine ganze Reihe problematischer und beunruhigender Entwicklungen zu verzeichnen. Hier sei nur eine kleine Auswahl genannt: Zwar zeigen die Wirtschaftsdaten nach oben, doch nur im Vergleich mit den Zahlen des Absturzjahres 2010. Die Zahl der Menschen, die sich gezwungen sehen zum Gelderwerb ins Ausland zu gehen, ist unverändert hoch. Schon gibt es Gerüchte, dass die Oppositionsparteien planen, die erst nach der Amtseinführung des neuen Präsidenten gebildete Regierung unter Omurbek Babanow zu stürzen. Präsident Atambajew hat durch unerwartete und unerklärliche Äußerungen das bislang gute Verhältnis zu Russland erschüttert. Vor allem aber geht der Wiederaufbau im Süden, wie auch die Aufarbeitung der Ereignisse vom Juni 2010, nur schleppend voran. Die Suche nach Schuldigen überwiegt die Ermittlung und Bekämpfung der Ursachen der Gewalttätigkeiten, von Mediation ganz zu schweigen. In den letzten Wochen haben einheimische Menschenrechtsorganisationen auf zunehmende zwischenethnische Spannungen im Süden des Landes hingewiesen und die internationale Gemeinschaft zu verstärkter Aufmerksamkeit aufgefordert. Die International Crisis Group (ICG) berichtet von einer wachsenden ethnischen Spaltung im Süden (<http://www.crisisgroup.org/en/regions/asia/central-asia/kyrgyzstan/222-kyrgyzstan-widening-ethnic-divisions-in-the-south.aspx>). Der nationalistische Bürgermeister von Osch, Melis Mirsakmatow, steht kurz vor der Wiederwahl und wird sich sicherlich auch in Zukunft nicht um Maßgaben der Zentralregierung in Bischkek kümmern. Steht also ein Wiederauftauchen Kirgistans in unseren Medien bevor?

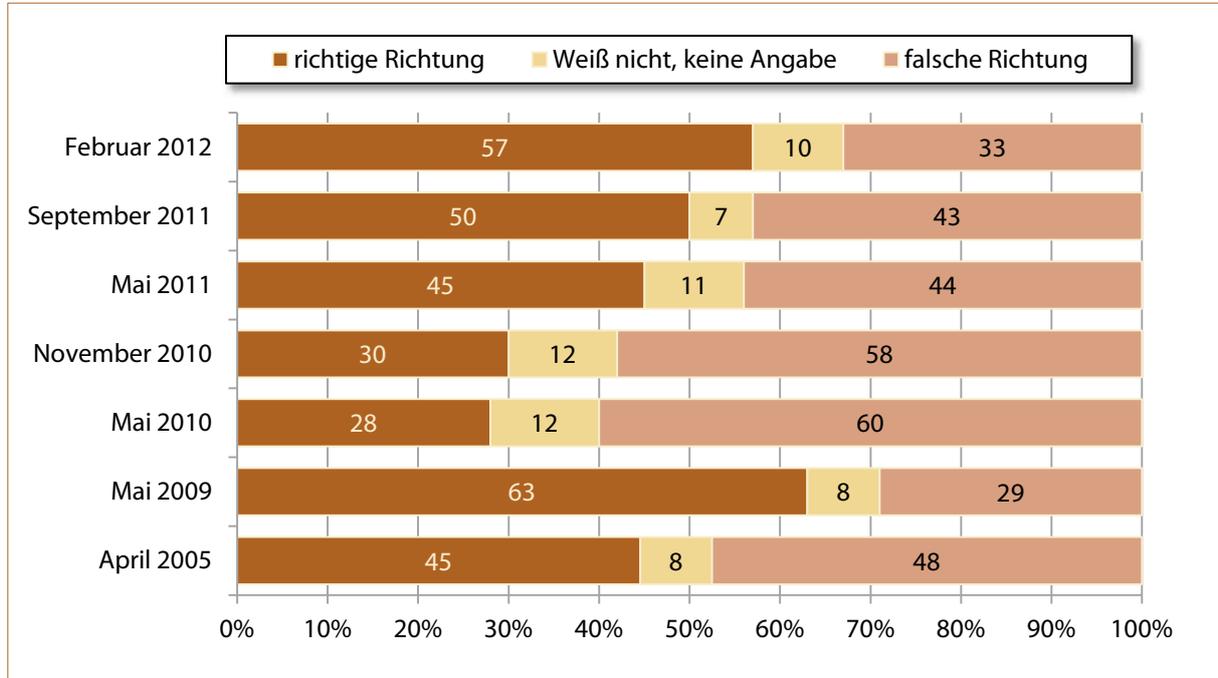
Betrachtet man die Ergebnisse der letzten Umfrage von IRI, die vom 4.–27. Februar 2012 durchgeführt wurde, sehen zumindest die Befragten die Entwicklung weniger negativ als die oben beschriebene Situation vermuten lässt. Seit dem Tiefpunkt im Mai 2010 (siehe Zentralasien-Analysen 39, März 2011, <http://www.laenderanalysen.de/zentralasien/pdf/ZentralasienAnalysen39.pdf>, S. 9–15), also nach dem Sturz Kurmanbek Bakijews und vor den gewalttätigen Ereignissen in Osch, sieht eine wachsende Zahl der Respondenten Kirgistan auf dem richtigen Weg. Ebenso ist eine wachsende Zufriedenheit mit der Entwicklung der Demokratie im Lande zu beobachten, bei dieser Umfrage äußerten sich erstmals seit Mai 2009 wieder mehr als die Hälfte der Befragten zufrieden – und eine überwältigende Mehrheit ist der Meinung, dass die Demokratie für Kirgistan notwendig ist.

In den IRI-Umfragen vor 2010 waren besonders die Vertreter der südlichen Gebiete Kirgistans mit der Entwicklung des Landes zufrieden, Präsident Bakijew stammte bekanntlich aus Dschalalabad. Zurzeit stammen Präsident wie Premier aus dem Norden, auch jetzt spiegelt sich das in den Umfrageergebnissen wieder: Im Norden wird das Ergebnis der letzten Präsidentenwahl als frei und fair bewertet, im Süden sehr viel weniger; im Norden ist man auch tendenziell mit dem gegenwärtigen Parlament und der ökonomischen Lage zufriedener und 70 % der Befragten im Norden sehen Kirgistan auf dem richtigen Weg – aber immerhin auch mehr als die Hälfte im Süden.

Es wurde nicht ausdrücklich nach dem Verhältnis zwischen Kirgisen und Usbeken gefragt, sondern nach den zwischenethnischen Verhältnissen allgemein als ein Punkt unter vielen. Für die Befragten stellen sie auch kein besonderes Problem dar, mehrere andere erscheinen ihnen wichtiger, vor allem Arbeitslosigkeit, die ökonomische Gesamtlage und Korruption. Ergänzend sei hinzugefügt, dass auch bei der im folgenden nicht abgebildeten Frage nach den wichtigsten Problemen im eigenen Lebensumfeld (Dorf, Stadt) ethnische Spannungen auf einem der hinteren Plätzen rangieren, hier sind praktische Probleme führend: Wasser- und Stromversorgung, Zustand der Straßen, Infrastruktur, fehlende Arbeitsplätze. Doch die Antworten auf die Frage, wovor man am meisten Angst habe, zeigen, dass die Erfahrungen der letzten Jahre nicht spurlos an den Menschen vorübergegangen sind: Krieg/Bürgerkrieg und Instabilität führen die Liste der beängstigenden Faktoren an.

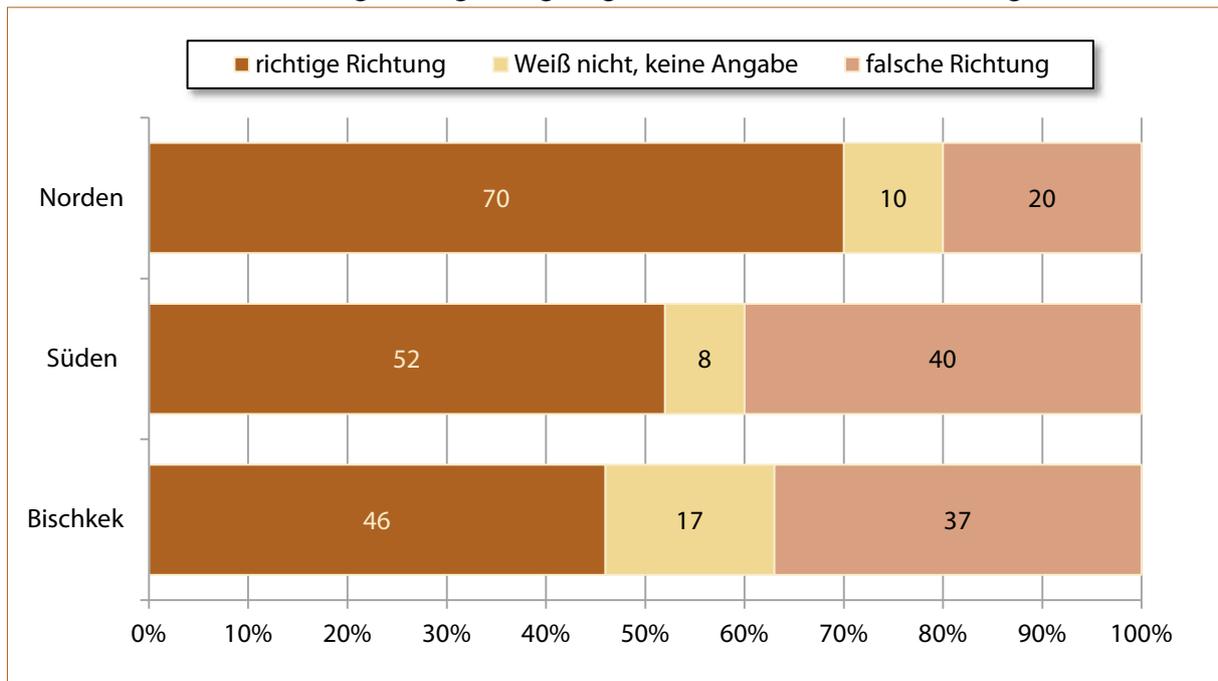
Die Umfrage wurde, wie die vorangegangenen, von SIAR Bischkek unter Betreuung von IRI (The International Republican Institute) durchgeführt, Design der Fragen und Analyse stammen von Baltic Survey/ The Gallup Organization. Wie bei allen bisherigen IRI Umfragen wurden auch dieses Mal 1.500 Personen aus allen Gebieten Kirgistans, die älter als 18 Jahre waren, befragt. Ihre Auswahl ist repräsentativ bzgl. Alter, Geschlecht, Bildungsniveau und Religion. Die ethnische Zusammensetzung sowie die Nord-Süd- und Stadt-Land-Verteilung spiegeln die Verhältnisse in etwa wieder.

Grafik 1: Die Entwicklung in Kirgistan geht grundsätzlich in die... (2005–2012, in %)



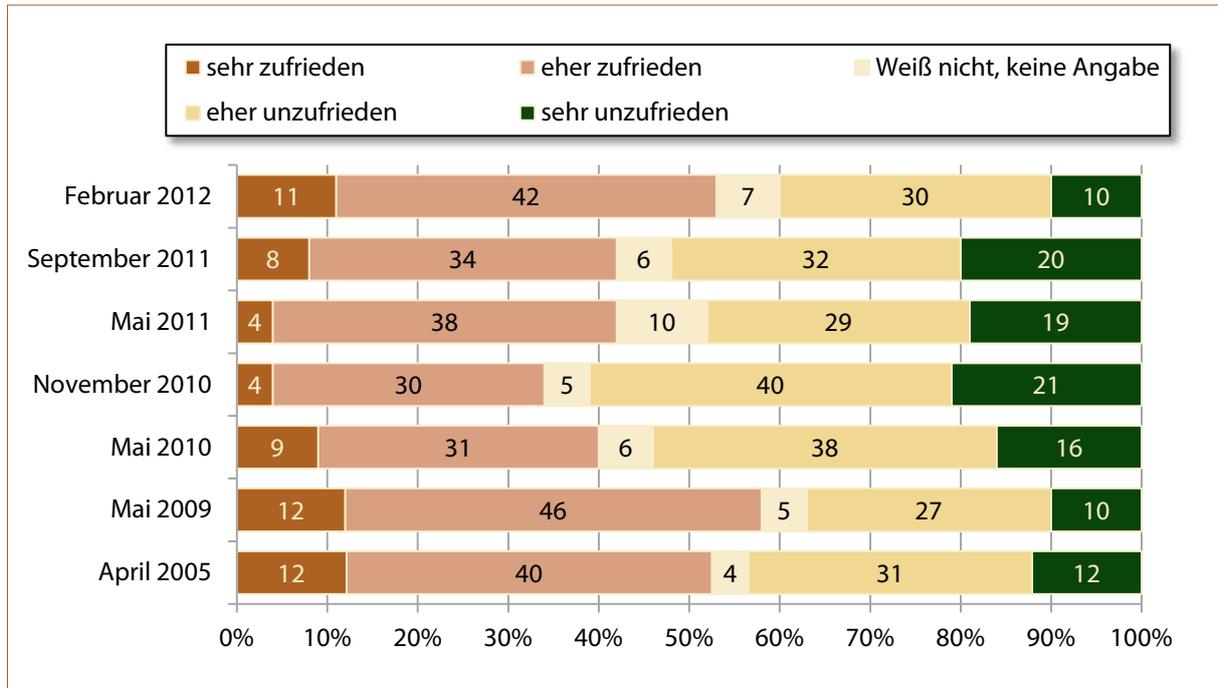
Quelle: Repräsentative Umfrage des International Republican Institute vom 4.–27. Februar 2012, S. 4, herunterzuladen von <http://www.iri.org/news-events-press-center/news/iri-releases-post-presidential-election-survey-kyrgyzstan-public-opini>

Grafik 2: Die Entwicklung in Kirgistan geht grundsätzlich in die... (nach Regionen, in %)



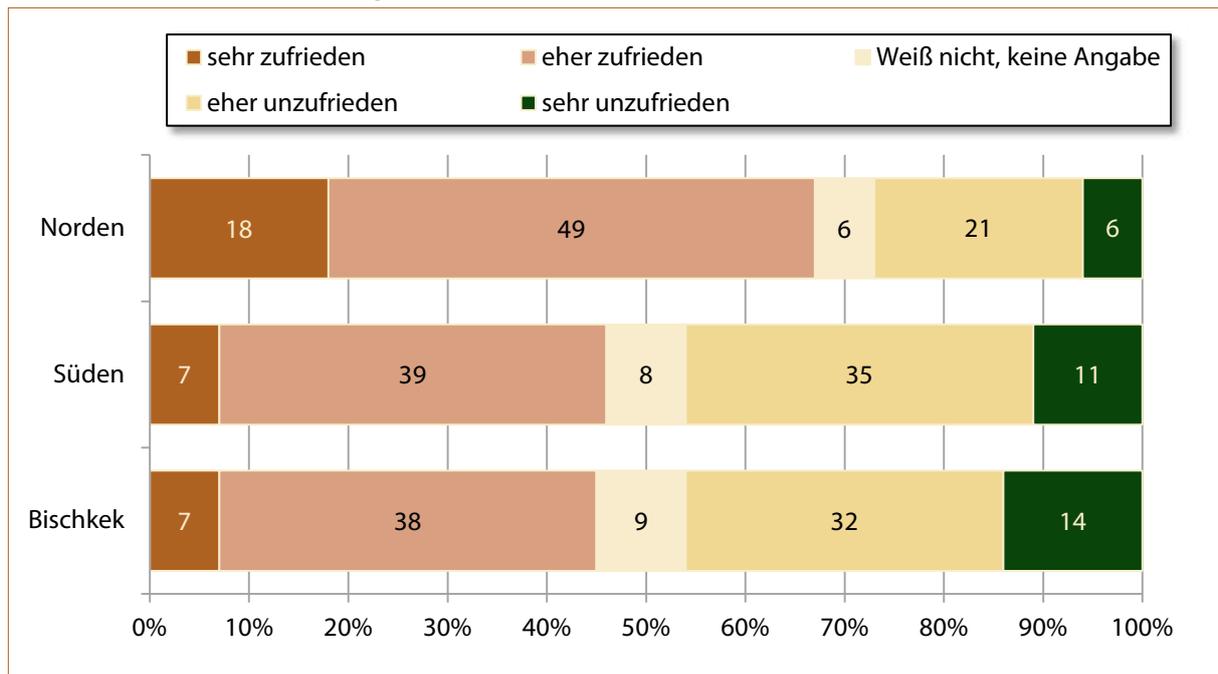
Quelle: Repräsentative Umfrage des International Republican Institute vom 4.–27. Februar 2012, S. 5, herunterzuladen von <http://www.iri.org/news-events-press-center/news/iri-releases-post-presidential-election-survey-kyrgyzstan-public-opini>

Grafik 3: Wie zufrieden sind Sie mit der Art, in der sich die Demokratie in Kirgistan entwickelt? (2005–2012, in %)



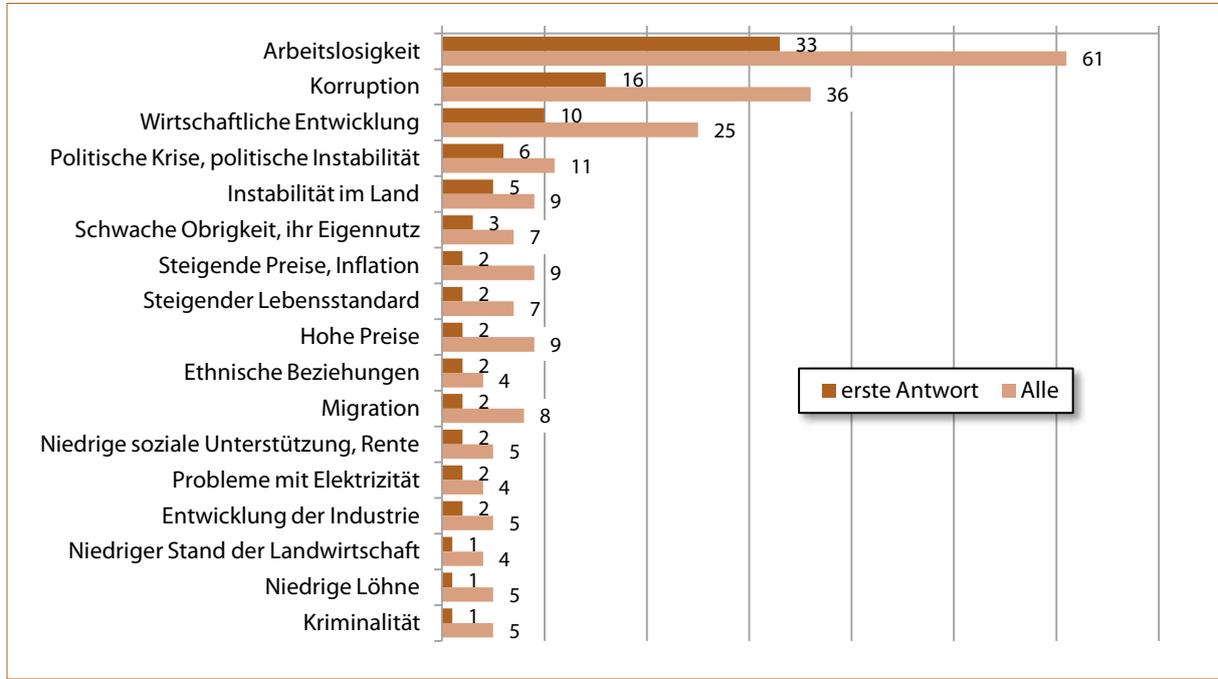
Quelle: Repräsentative Umfrage des International Republican Institute vom 4.–27. Februar 2012, S. 8, herunterzuladen von <http://www.iri.org/news-events-press-center/news/iri-releases-post-presidential-election-survey-kyrgyzstan-public-opini>

Grafik 4: Wie zufrieden sind Sie mit der Art, in der sich die Demokratie in Kirgistan entwickelt? (nach Regionen, in %)



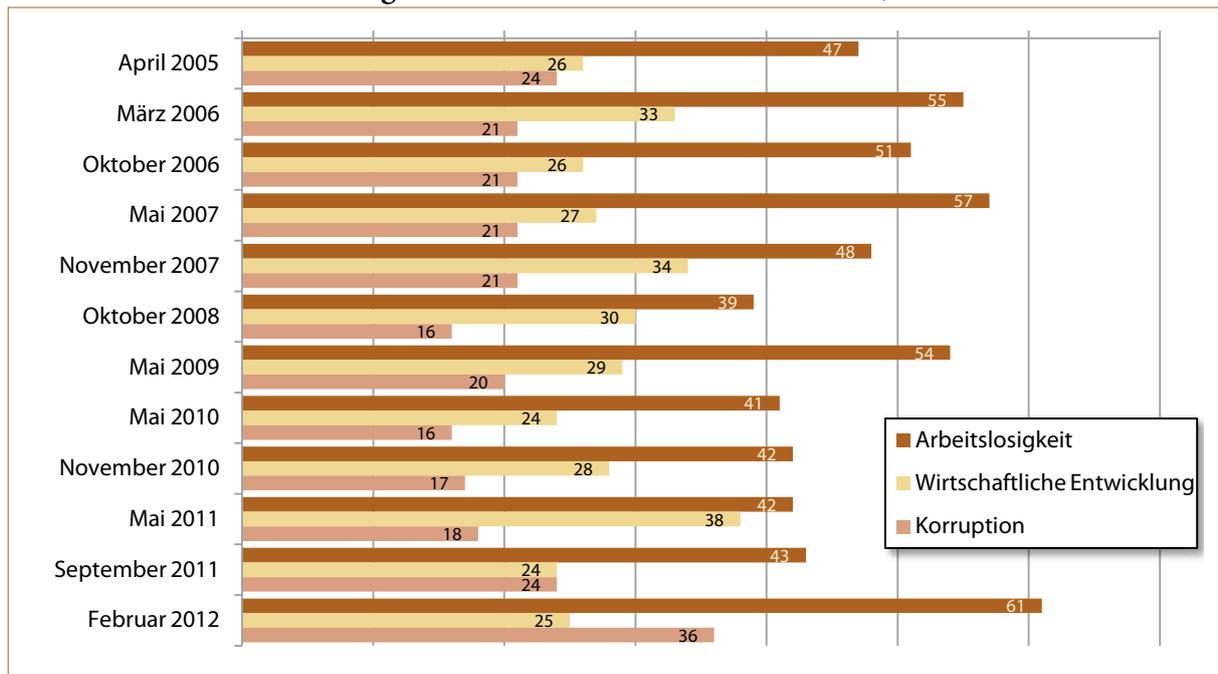
Quelle: Repräsentative Umfrage des International Republican Institute vom 4.–27. Februar 2012, S. 9, herunterzuladen von <http://www.iri.org/news-events-press-center/news/iri-releases-post-presidential-election-survey-kyrgyzstan-public-opini>

Grafik 5: Was sind Ihrer Meinung nach die wichtigsten Probleme Kirgistans? (drei Antworten erlaubt, alle Antworten, in %)



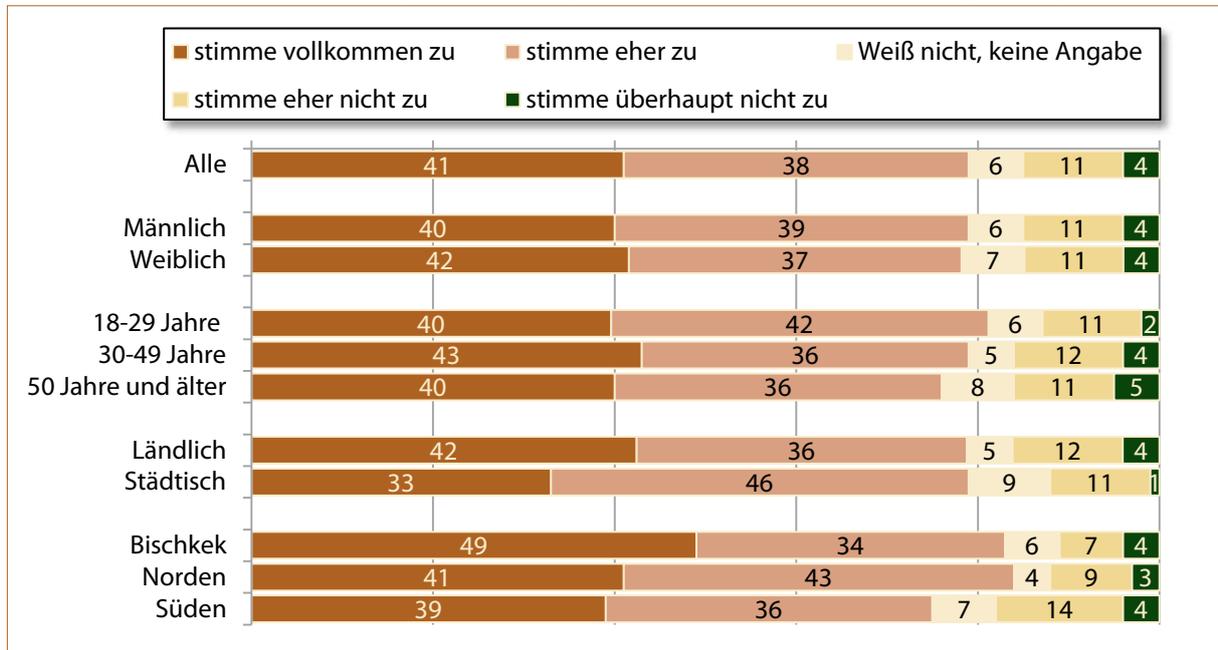
Quelle: Repräsentative Umfrage des International Republican Institute vom 4.–27. Februar 2012, S. 19, herunterzuladen von <http://www.iri.org/news-events-press-center/news/iri-releases-post-presidential-election-survey-kyrgyzstan-public-opini>

Grafik 6: Was sind Ihrer Meinung nach die wichtigsten Probleme Kirgistans? (drei Antworten erlaubt, drei meistgenannte Antworten, 2005–2012, in %)



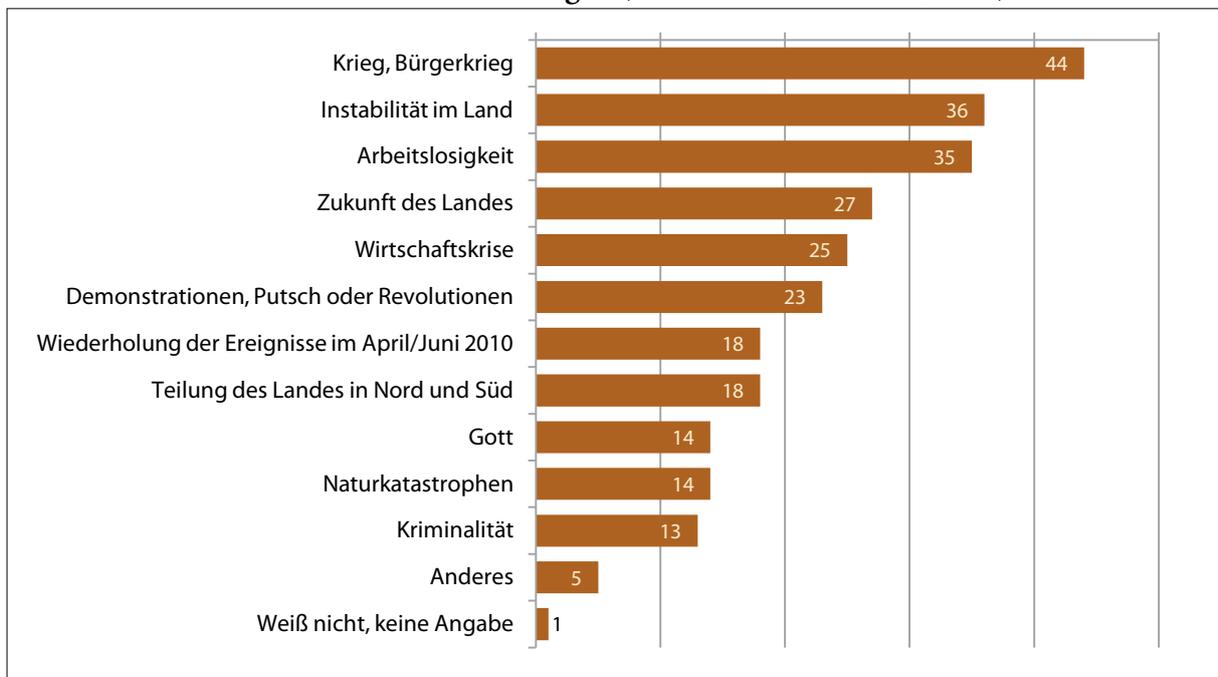
Quelle: Repräsentative Umfrage des International Republican Institute vom 4.–27. Februar 2012, S. 21, herunterzuladen von <http://www.iri.org/news-events-press-center/news/iri-releases-post-presidential-election-survey-kyrgyzstan-public-opini>

Grafik 7: Stimmen Sie der folgenden Aussage zu? Demokratie ist notwendig in Kirgistan. (in %)



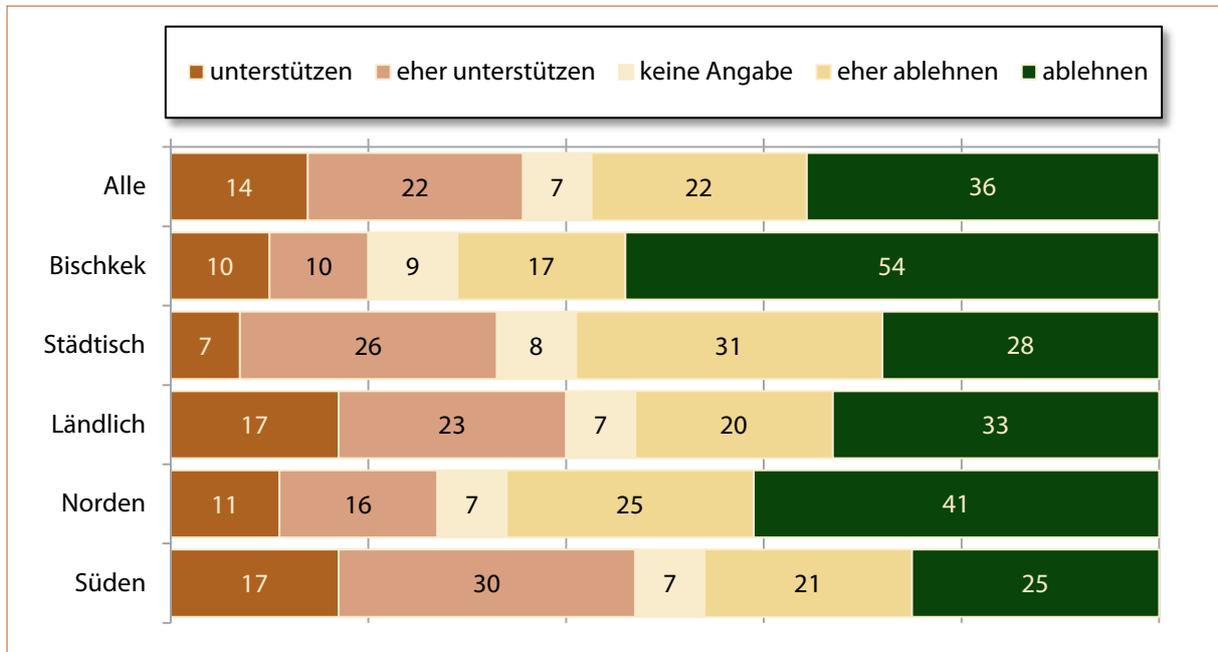
Quelle: Repräsentative Umfrage des International Republican Institute vom 4.–27. Februar 2012, S. 11, herunterzuladen von <http://www.iri.org/news-events-press-center/news/iri-releases-post-presidential-election-survey-kyrgyzstan-public-opini>

Grafik 8: Wovor haben Sie am meisten Angst? (drei Antworten erlaubt, in %)



Quelle: Repräsentative Umfrage des International Republican Institute vom 4.–27. Februar 2012, S. 31, herunterzuladen von <http://www.iri.org/news-events-press-center/news/iri-releases-post-presidential-election-survey-kyrgyzstan-public-opini>

Grafik 9: Wie groß wäre Ihre Unterstützung, wenn Parlamentswahlen früher als vorgesehen stattfinden würden? (in %)



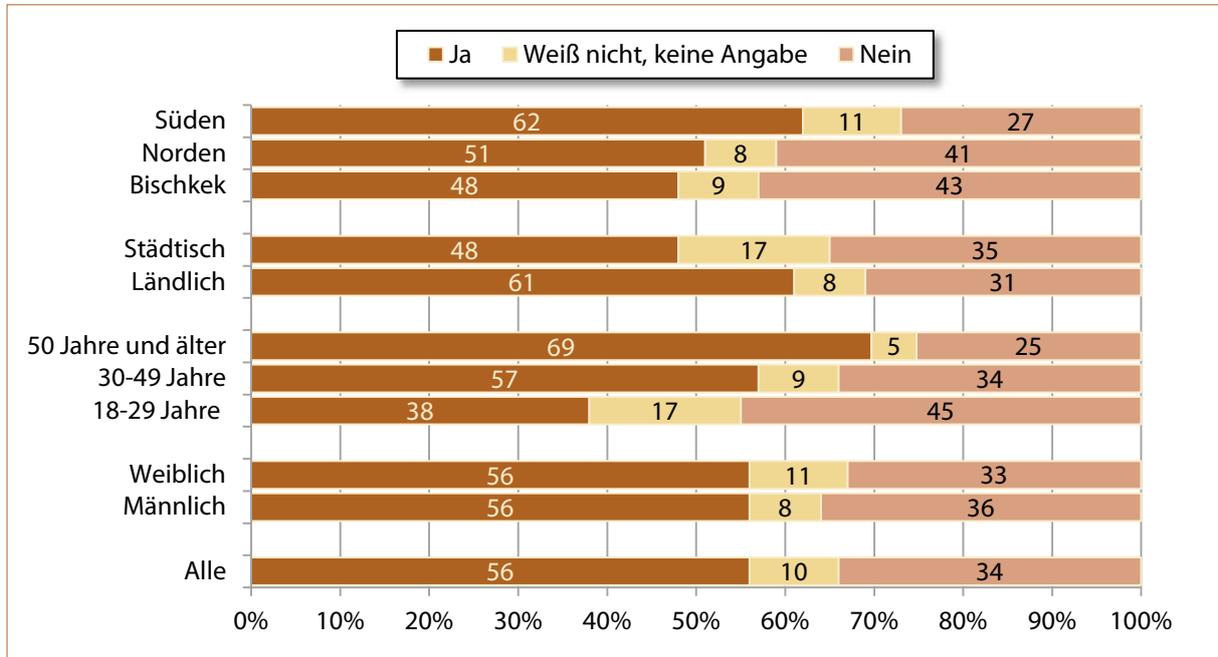
Quelle: Repräsentative Umfrage des International Republican Institute vom 4.–27. Februar 2012, S. 35, herunterzuladen von <http://www.iri.org/news-events-press-center/news/iri-releases-post-presidential-election-survey-kyrgyzstan-public-opini>

Grafik 10: Welche Faktoren oder Themen haben den größten Einfluss auf Ihre Entscheidung, welchem Parteikandidaten Sie bei Lokalwahlen Ihre Stimme geben? (drei Antworten erlaubt, in %)



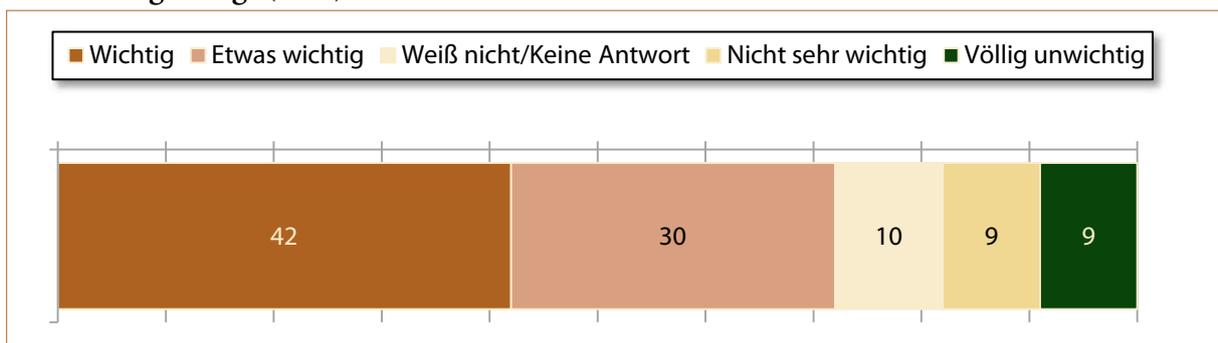
Quelle: Repräsentative Umfrage des International Republican Institute vom 4.–27. Februar 2012, S. 36, herunterzuladen von <http://www.iri.org/news-events-press-center/news/iri-releases-post-presidential-election-survey-kyrgyzstan-public-opini>

Grafik 11: Würde Ihnen die Rückkehr der UdSSR gefallen? (in %)

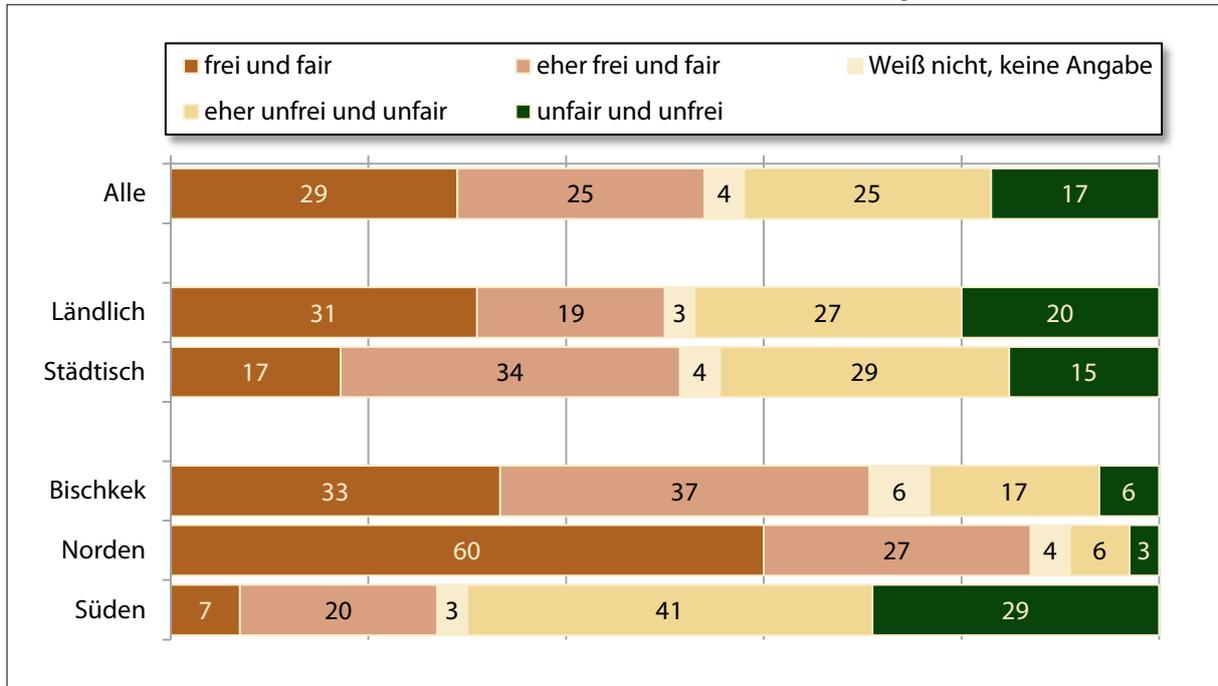


Quelle: Repräsentative Umfrage des International Republican Institute vom 4.–27. Februar 2012, S. 47, herunterzuladen von <http://www.iri.org/news-events-press-center/news/iri-releases-post-presidential-election-survey-kyrgyzstan-public-opini>

Grafik 12: Für wie wichtig halten Sie Bürgerbeteiligung bei der Entscheidungsfindung der Regierung? (in %)



Quelle: Repräsentative Umfrage des International Republican Institute vom 4.–27. Februar 2012, S. 50, herunterzuladen von <http://www.iri.org/news-events-press-center/news/iri-releases-post-presidential-election-survey-kyrgyzstan-public-opini>

Grafik 13: War die Präsidentschaftswahl im Jahr 2011 Ihrer Auffassung nach frei und fair? (in%)

Quelle: Repräsentative Umfrage des International Republican Institute vom 4.–27. Februar 2012, S. 59, herunterzuladen von <http://www.iri.org/news-events-press-center/news/iri-releases-post-presidential-election-survey-kyrgyzstan-public-opini>

CHRONIK

Vom 24. März bis 20. April 2012

Kasachstan

24.3.2012	In Almaty und mehreren anderen Städten finden Versammlungen zum Gedenken an die Unruhen in Schanaosen (Gebiet Mangystau) vor 100 Tagen statt.
24.3.2012	Die Staatsagentur für den Kampf mit Wirtschafts- und Korruptionsverbrechen leitet ein Strafverfahren gegen Mitarbeiter des Umweltschutzministeriums wegen Annahme von Bestechungsgeldern in Höhe von 100.000 US-Dollar ein.
25.3.2012	Präsident Nursultan Nasarbajew trifft zur Teilnahme am Weltgipfel zur Nuklearsicherheit in Seoul ein.
25.3.2012	In der New York Times erscheint ein Beitrag von Präsident Nasarbajew mit dem Titel »Was Iran von Kasachstan lernen kann«, in dem Nasarbajew zum Verzicht auf Nuklearwaffen aufruft.
26.3.2012	Präsident Nasarbajew führt am Rande des Gipfeltreffens für Nuklearsicherheit Gespräche mit US-Präsident Barack Obama, seinem südkoreanischen Amtskollegen Lee Myung Bak sowie dem türkischen Premier Tayyip Erdogan.
26.3.2012	Premierminister Karim Massimow trifft in Astana mit dem ukrainischen Präsidenten Viktor Janukowitsch zu Gesprächen über die weitere wirtschaftliche Kooperation zusammen.
26.3.2012	Ein Gericht in Almaty verurteilt Kairat Jerdebajew von der Nationalen Sozialdemokratischen Partei Asat als einen der Organisatoren und Kanat Ibragimow wegen aktiver Teilnahme an der nicht genehmigten Versammlung am 24.3. in Almaty zu jeweils 15 Tagen Haft.
26.3.2012	In Atyrau beginnt der Prozess gegen 47 im Zusammenhang mit zwei Bombenanschlägen am 31. 10. 2011 in Atyrau Angeklagte. Zu den Anschlägen hatte sich die islamistische Gruppe Dschund al-Chalifah bekannt.
27.3.2012	In Seoul geben der amerikanische Präsident Obama, sein russischer Amtskollege Dmitrij Medwedjew und Präsident Nasarbajew eine gemeinsame Erklärung über den Fortschritt bei der Sicherung und Säuberung des ehemaligen Nukleartestgelände Semipalatinsk heraus.
27.3.2012	In Aktau beginnt der Prozess gegen 37 im Zusammenhang mit den Unruhen in Schanaosen am 16.12.2011 Angeklagte. Mehrere hundert Menschen versammeln sich vor dem Gericht, weil sie im Gerichtssaal keinen Platz finden.
28.3.2012	Mitarbeiter des Komitees für Nationale Sicherheit nehmen zwei Mitarbeiterinnen der oppositionellen Zeitung Golos Respubliki fest. Die Gründe sind nicht bekannt.
28.3.2012	Die Generalstaatsanwaltschaft gibt bekannt, dass das Komitee für Nationale Sicherheit am 24.3. Terroranschläge in Almaty verhindert habe. Verdächtig werden Personen aus dem engeren Umkreis des ehemaligen BTA-Chefs Muchtar Abljasow.
30.3.2012	Der im Januar verhaftete und am 15.3. wieder freigelassene Chefredakteur der Zeitung Wsgljad, Igor Winjawschij, wird erneut vom Komitee für Nationale Sicherheit vorgeladen.
31.3.2012	Premier Massimow trifft in Peking mit seinem chinesischen Amtskollegen Wen Jiabao zu Gesprächen über die weitere Zusammenarbeit in den Bereichen Handel, Investitionen und Transport zusammen.
4.4.2012	Karachaganak Petroleum Operating wird von einem Wirtschaftsgericht im Gebiet Westkasachstan zu einer Strafe in Höhe von 50 Mio. US-Dollar wegen Umweltverschmutzung verurteilt.
4.4.2012	Im Bezirk Maktaaralsk im Gebiet Südkasachstan explodiert die unterirdische Gasleitung Taschkent-Almaty, fast 300.000 Menschen bleiben ohne Gas.
4.4.2012	Einer der Angeklagten im Prozess gegen die Organisatoren der Unruhen in Schanaosen erklärt vor Gericht, er sei in der Hauptverwaltung für innere Angelegenheiten gefoltert worden, berichtet Ferganews.com.
5.4.2012	Präsident Nasarbajew erörtert mit dem russischen Premier Wladimir Putin Fragen im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Wirtschaftsraum.
5.4.2012	Ein Verwaltungsgericht in Kokschetau verbietet die Tätigkeit der örtlichen Filiale der Kommunistischen Partei Kasachstans für ein halbes Jahr und verurteilt den ersten Sekretär des Gebietskomitees von Akmola, Sergej Ryschkow, zu einer Strafe in Höhe von zehn monatlichen Minimallöhnen. Bereits in der Woche zuvor war in Kostanaj die Tätigkeit der Zweigstelle der Kommunistischen Partei Kasachstans verboten und der ersten Sekretärin des Gebietskomitees, Ljudmila Gorbenko, eine Strafe auferlegt worden.
5.4.2012	Der ehemalige Senator Kuanysch Sultanow wird zum Leiter der Kommission für Menschenrechte beim Präsidenten ernannt.
5.4.2012	In Teheran werden zwei russische und drei kasachstanische Staatsbürger, die für die kasachstanisch-iranische Goldfirma Zarkuh arbeiten, festgenommen. Gründe für die Festnahme sind bisher nicht bekannt.

6.4.2012	In Astana findet eine Sitzung des Außenministerrats der CSTO statt, auf der u. a. die Themen Afghanistan und die Verstärkung der tadschikischen Grenzen erörtert werden.
6.4.2012	Angeklagte im Prozess gegen die Organisatoren der Unruhen in Schanaosen berichten im Gericht erneut über Folter nach ihrer Festnahme.
6.4.2012	Die Ehefrau des ehemaligen Chefs von Kasatomprom, Muchtar Dschakischew, teilt mit, dass das zweite Verfahren gegen ihren Mann unter völligem Ausschluss der Öffentlichkeit stattfindet. Weder er noch sein Anwalt seien anwesend, Dschakischew werde stattdessen von einer ihm unbekanntem Anwältin vertreten. Der bereits wegen Korruption zu 14 Jahren Haft verurteilte Dschakischew fordert einen offenen Prozess.
6.4.2012	In Karaganda stürzt ein drei Jahre altes fünfstöckiges Wohnhaus vollständig ein. Die Bewohner konnten nach Auftauchen eines etwa 10 cm breiten Risses in der Hauswand rechtzeitig evakuiert werden.
9.4.2012	In Taras (Gebiet Schambyl) werden drei Mitglieder einer terroristischen Gruppe wegen Organisation des Anschlags vom November 2011 zu Haftstrafen von fünf bis 25 Jahren, ein weiterer zu lebenslänglicher Haft verurteilt. Am 12.11.2011 hatte ein Selbstmordattentäter mehrere Menschen getötet bevor er sich selbst in die Luft sprengte.
10.4.2012	Erneut berichtet ein Angeklagter bei dem Gerichtsprozess gegen die Organisatoren der Unruhen von Schanaosen über Folter.
11.4.2012	Bei dem Prozess in Aktau gegen die Organisatoren der Unruhen in Schanaosen zieht der Angeklagte Talgat Kalijew seine Aussage, auf deren Basis weitere Personen angeklagt wurden, zurück, weil er sie unter Folter gemacht habe.
11.4.2012	Im Gebiet Aktjubinsk werden zwei Busse mit usbekischen Staatsbürgern auf dem Weg nach Moskau angehalten, weil die Zahl der Passagiere (91, 108) die zulässige (51) bei weitem überschreitet.
11.4.2012	Präsident Nasarbajew fordert bei einem Treffen über die weitere Entwicklung der Stadt Astana höhere Strafen für Bagatelldelikte wie auf die Straße geworfenes Kaugummi.
13.4.2012	Präsident Nasarbajew trifft bei seinem Staatsbesuch in Indonesien mit seinem Amtskollegen Susilo Bambang Yudhoyono zu Gesprächen über die bilateralen Beziehungen zusammen.
13.4.2012	In Karaganda wird ein führender Mitarbeiter der Baugesellschaft, die das am 6.4. eingestürzte Haus errichtet hatte, festgenommen.
13.4.2012	Nach Angaben des Chefs der Agentur für Statistik, Alichan Smailow, sind in den Jahren 2001 bis 2011 insgesamt 608.000 Menschen nach Kasachstan eingewandert, 668.000 haben das Land verlassen.
16.4.2012	Zwei der drei in Teheran festgenommenen kasachstanischen Staatsbürger werden freigelassen. Die näheren Umstände sind weiterhin unklar.
17.4.2012	In Aktau beginnt der Prozess gegen die mutmaßlichen Organisatoren der Unruhen in Schetpe (Gebiet Mangystau) am 17.12.2011.
17.4.2012	Den Oppositionellen Bolat Atabajew und Schanbolat Mamai, die von Mitgliedern des Europäischen Parlaments nach Strassburg eingeladen wurden, um über die soziale und politische Situation in Kasachstan zu sprechen, wird vom Komitee für nationale Sicherheit die Ausreise verweigert.
18.4.2012	Präsident Nasarbajew trifft während seines Staatsbesuchs in Malaysia mit König Abdul Halim Mu'adzam Shah und Premierminister Najib Razak zusammen.
18.4.2012	In Atyrau werden 42 der 47 im Zusammenhang mit den beiden Anschlägen vom 31.10.2011 Angeklagten wegen Bildung einer terroristischen Vereinigung und der Ausführung von Bombenanschlägen zu Haftstrafen von sechs bis 12 Jahren verurteilt. Die anderen fünf waren bereits vorher zu Haftstrafen von fünf bis 15 Jahren verurteilt worden.
18.4.2012	Tengrinews meldet, dass Lehrer im Gebiet Südkasachstan einen Teil ihres Gehalts in Form von Kartoffeln und Zwiebeln aus der Ernte des letzten Jahres erhalten.
19.4.2012	Der Journalist der unabhängigen Zeitung Uralskaja Nedelja, Lukpan Achmedjarow, wird in der Nacht vor seinem Hauseingang in Oral (Gebiet Westkasachstan) von Unbekannten schwer verletzt. Sein Zustand nach mehreren Operationen ist ernst.
19.4.2012	In Ajagus (Gebiet Ostkasachstan) wird durch eine Explosion infolge falschen Umgangs mit Munition ein Soldat getötet, drei weitere zum Teil schwer verletzt.
20.4.2012	Die OSZE-Beauftragte für die Freiheit der Medien, Dunja Mijatovic, verurteilt den Angriff auf den Journalisten Achmedjarow und fordert von der Regierung Kasachstans die rückhaltlose Aufklärung.

Kirgistan

25.3.2012	In New York endet das erste Weltforum der Auslandskirgisen mit dem Beschluss, eine Föderation der Auslandsgemeinschaften zur Verbesserung der Zusammenarbeit und eine Joint Stock Investment Corporation zur Förderung von Investitionen in Kirgistan zu bilden.
26.3.2012	Ombudsmann Tursunbek Akun stellt in der Vorfassung seines jährlichen Tätigkeitsberichts fest, dass es im Bereich der Menschenrechte 2011 keine wirklichen Verbesserungen gegeben hat.
26.3.2012	Im Süden des Landes nimmt die regionale Fernseh- und Rundfunkgesellschaft Yntymak (Einigkeit) die Arbeit auf. Ihre Sendungen sollen sowohl auf Kirgisisch als auch in Minderheitensprachen laufen.
26.3.2012	Bei einem Arbeitstreffen der Zolldienste von Kirgistan und Kasachstan in Bischkek wird u. a. die Wiedereröffnung von drei Straßengrenzübergängen (Karasu/Ak-Tilek, Kiptschi/Kapka, Karkyra) noch im April erörtert.
27.3.2012	Bei Gesprächen des russischen Energieministers Sergej Schmatko und Vertretern russischer Energiefirmen mit Premierminister Omurbek Babanow in Bischkek wird Übereinstimmung u. a. über die Finanzierung des Wasserkraftwerks Kambar-Ata 1, die Privatisierung der staatlichen Gasgesellschaft und die Bedingungen der russischen Öllieferungen für 2012 erreicht.
27.3.2012	Der zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe wegen Mord verurteilte Bolot Kurbanachunow erklärt den Hungerstreik, um die Wiederaufnahme seines Verfahrens zu erreichen.
28.3.2012	Das Parlament bestätigt die Ernennung von Askarbek Dschanybekow zum neuen Landwirtschaftsminister. Sein Vorgänger, Saparbek Tynjajew, war am 16.3. aus gesundheitlichen Gründen zurückgetreten.
28.3.2012	Nach Angaben des Pressedienstes von Kyrrgyzgaz schuldet Kirgistan Usbekistan 1 Mio. US-Dollar und Kasachstan 7 Mio. US-Dollar für Gaslieferungen, weil öffentlich finanzierte Organisationen ihre Rechnungen nicht bezahlen und der Staatshaushalt noch nicht verabschiedet ist.
29.3.2012	Nach Angaben von Finanzminister Akylbek Dschaparow wird Kirgistan seine Verteidigungsausgaben 2012 um 21,4% senken.
29.3.2012	In Osch landet ein Flugzeug mit technischem Gerät für den Grenzschutz, das die Grenztruppen der RF ihren kirgisischen Kollegen schenken.
30.3.2012	Präsident Almasbek Atambajew wird in Baku von seinem Amtskollegen Ilham Alijew empfangen.
30.3.2012	Nach den Ergebnissen der neuesten Untersuchung der International Crisis Group (ICG) nehmen die zwischenethnischen Spannungen im Süden Kirgistans wieder stark zu.
30.3.2012	Fergananews.com berichtet von Widerstand der Bevölkerung gegen die geplante Eisenbahnstrecke von Usbekistan durch Kirgistan nach China: die Abtretung ganzer Ortschaften an die Chinesen wird als Verletzung der kirgisischen Souveränität wahrgenommen, der Nutzen für Kirgistan bestritten.
30.3.2012	Oksana Maljowannaja, Chefin des Präsidentensekretariats unter Ex-Präsident Bakijew, erhält Aufenthaltsrecht in Georgien. Sie war nach dem Sturz Bakijews wegen Korruption u. a. erst verhaftet, später unter Hausarrest gestellt worden und im November 2010 nach Kasachstan geflüchtet.
2.4.2012	Präsident Atambajew wiederholt während eines Gesprächs mit Robert Blake, dem US Assistant Secretary of State for South and Central Asia, dass der Luftwaffenstützpunkt Manas ab 2014 ein ziviles Luftkreuz werden solle.
2.4.2012	Laut Angaben bei RFE/RL sollen kirgisische Militärs General James Mattis, Chef des US Central Command, während seines Besuchs um den Verbleib von US-Drohnen nach dem US-Truppenabzug 2014 gebeten haben.
2.4.2012	Nach Angaben von UNHCR sind aktuell 595 Menschen in Kirgistan als Flüchtlinge anerkannt, 223 haben um den Flüchtlingsstatus ersucht. Sie stammen aus Afghanistan, Usbekistan und Tadschikistan.
2.4.2012	Vertreter mehrerer Organisationen ethnischer Russen fordern die Einrichtung einer Kommission zur Beobachtung der Einhaltung der verfassungsmäßigen Bestimmungen über die russische Sprache.
3.4.2012	Der Präsident der Mongolei, Tsakhia Elbegdorj, trifft zu einem dreitägigen Staatsbesuch ein. Es sind Treffen mit seinem kirgisischen Amtskollegen Atambajew und Premier Babanow sowie ein kirgisisch-mongolisches Business Forum vorgesehen.
3.4.2012	Muhammedkalyi Abulgasijew, der Vorsitzende des Sozialfonds, teilt auf einer Pressekonferenz mit, dass der Fonds nicht über genügend Mittel verfügt, um die für Oktober vorgesehene zweite Stufe der Erhöhung der Renten zu finanzieren.
4.4.2012	Der russische Außenminister, Sergej Lawrow, trifft in Bischkek ein. Treffen mit Präsident Atambajew und Außenminister Ruslan Kasakbajew sind geplant. Ziel ist die Verbesserung der neuerdings angeschlagenen bilateralen Beziehungen.
10.4.2012	In Dschalalabad findet eine friedliche Demonstration statt, auf der der Rücktritt der Regierung gefordert wird. Die Angaben über die Zahl der Teilnehmer schwanken zwischen 2.000 und 20.000 Menschen.

10.4.2012	Nach Angaben der Familie des 2007 ermordeten Journalisten Alisher Saipow wird der Fall neu aufgerollt. Sie bezweifelt die Richtigkeit der Verurteilung eines Drogenkuriers für die Tat.
11.4.2012	Eine Delegation der Sozialdemokratischen Partei führt in Beijing Gespräche mit Vertretern der Kommunistischen Partei Chinas.
11.4.2012	Präsident Atambajew empfängt Turdu Akun Atabek als Vertreter der im afghanischen Kleinen Pamir lebenden Kirgisen und sagt ihm Hilfe für die unter sehr schwierigen sozioökonomischen Bedingungen leidenden Menschen zu.
12.4.2012	Die Regierung verabschiedet ein mittelfristiges Entwicklungsprogramm für 2012–2014.
12.4.2012	Der Vorsitzende des Nationalen Sicherheitskomitees, Schamil Atachanow, beklagt, dass es gegenwärtig keine Gesetzgebung und keine Verantwortlichkeiten zur Erfassung und Kontrolle einreisender Personen gibt. Die Grenze sei absolut löchrig.
12.4.2012	In Talas wird eine Versammlung von ca. 2.000 Personen, die ohne Bezug zu einer bestimmten politischen Partei die Lage im Land diskutieren wollten, von Bewohnern angegriffen und gesprengt.
13.4.2012	In Osch findet ein dort stationierter Offizier der Grenztruppen des russischen Föderalen Sicherheitsdienstes in seiner Wohnung eines seiner Kinder erstochen, seine Ehefrau und ein weiteres Kind schwer verletzt vor. Ermittlungen werden eingeleitet.
13.4.2012	Der neue Stadtrat von Osch wählt Taalai Sabirow, einen engen Vertrauten des nationalistischen Bürgermeisters Melis Mirsakmatow, zu seinem Vorsitzenden. Damit scheint die demnächst anstehende Wiederwahl des umstrittenen Mirsakmatow wahrscheinlich.
15.4.2012	Auf dem zentralen Platz von Osch verbrennt sich am Nachmittag ein älterer Mann. Die Angaben über seine Motive sind widersprüchlich.
17.4.2012	Im Rahmen seines Arbeitsbesuches in der Schweiz führt der stellvertretende Premierminister Dschoomart Otorbajew Gespräche mit der Präsidentin (und Finanzministerin) der Eidgenossenschaft, Eveline Widmer-Schlumpf.
17.4.2012	Nach Angaben des Innenministeriums sind zurzeit neun extremistische Websites von Hizb-ut Tahrir gesperrt; seit Jahresbeginn wurden 70 Personen wegen Propagierung religiösen Extremismus' verhaftet, 1.438 Menschen stehen unter besonderer Beobachtung.
17.4.2012	Die in Brüssel ansässige NGO Alisher Navoi Institute fordert die internationale Gemeinschaft auf, die zunehmend angespannten zwischenethnischen Beziehungen im Süden Kirgistans genau im Auge zu behalten.
18.4.2012	Das Transportministerium und die China Road and Bridge Corporation unterzeichnen ein Memorandum of Understanding über den Bau der Eisenbahnlinie Usbekistan–Kirgistan–China.
18.4.2012	Die erst vor zwei Woche gegründete kirgisische Facebookgruppe »Jugend – Für eine neue Kaderpolitik« hat bereits mehr 3.500 Mitglieder. Es handelt sich um hochqualifizierte junge Leute, die ihre Expertise dem Staat zur Verfügung stellen wollen.
18.4.2012	Ein längerfristig angekündigtes Treffen von Vertretern der Opposition mit Premier Babanow und anderen Regierungsmitgliedern wird von der Opposition boykottiert, weil nur das Fernsehen, nicht aber Vertreter anderer Medien zugelassen sind.
19.4.2012	Der kirgisische Dienst von RFE/RL meldet, dass die kirgisische Handelsgesellschaft Dordoi in Moskau einen neuen Großhandelsmarkt eröffnet hat. Fast ein Drittel der 3.400 Stände wird von kirgisischen Händlern betrieben, die übrigen von Türken, Vietnamesen und Aserbajdschanern.
19.4.2012	Der stellvertretende Premierminister Otorbajew äußert sich in einer Rede in Washington enttäuscht über die Zusammenarbeit mit Weltbank und IWF, man setze jetzt verstärkt auf schnellere Unterstützung aus China.
20.4.2012	Nach Angaben bei KirTAG hat Usbekistan einseitig mit der Demarkation der gemeinsamen Grenze begonnen.

Tadschikistan

24.3.2012	Usbekistan kündigt an, seine Gaslieferungen an Tadschikistan ab 1.4. komplett einzustellen, weil es nur so seinen Lieferverpflichtungen gegenüber China nachkommen kann.
25.3.2012	In Duschanbe findet der fünfte trilaterale Gipfel der Staatsechefs von Iran, Afghanistan und Tadschikistan, Mahmud Ahmadinedschad, Hamid Karsai und Emomali Rachmon statt. Sie unterzeichnen u. a. eine Vereinbarung über den Ausbau der Verkehrswege zwischen ihren Staaten.
25.3.2012	Der Vorsitzende der Drogen-Kontroll-Agentur, Rustam Nasarow, empfängt Miroslav Jenca, den Sondergesandten des UN-Generalsekretärs und Direktor des Regionalzentrums für präventive Diplomatie, zu Gesprächen über Maßnahmen der tadschikischen Regierung zur Kontrolle der Drogensituation.

25.3.2012	In Duschanbe löst ein Bandenchef bei seiner Festnahme durch Zündung einer Granate an einer Bushaltestelle eine Explosion aus. Der Täter, Chudoinasar Odinajew, wird von Sicherheitskräften erschossen, sonst kommt niemand zu Schaden.
26.3.2012	In Duschanbe wird die Regional Economic Cooperation Conference on Afghanistan (RECCA-V) eröffnet. Vertreter von ca. 50 Staaten und 30 internationalen Organisationen beraten über den Ausbau der Infrastruktur und die wirtschaftliche Entwicklung Afghanistans.
29.3.2012	Die obere Kammer des Parlaments beschließt einstimmig eine Erweiterung des Strafgesetzbuches durch einen speziellen Artikel zu Folter. Die Strafen werden gleichzeitig verschärft.
31.3.2012	Präsident Rachmon empfängt den Chef des US Central Command, James Mattis. Beide Seiten äußern sich zufrieden über den Stand der Kooperation, Mattis sagt weitere technische Unterstützung für Grenztruppen und Sicherheitskräfte zu
31.3.2012	Präsident Rachmon bezeichnet die westlichen Iran-Sanktionen als nicht begründet und beklagt, dass sie der tadschikischen Wirtschaft ernsten Schaden zufügen.
2.4.2012	Weltbank und UNICEF stellen in einem gemeinsamen Bericht über die Ernährungslage in Tadschikistan fest, dass Unterernährung nach wie vor ein wichtiges Gesundheitsrisiko ist, dem jährlich mehr als 7.500 Kinder zum Opfer fallen.
3.4.2012	Bei einem Großbrand in einem Moskauer Baumarkt kommen 17 tadschikische (nach anderen Meldungen usbekische) Staatsbürger ums Leben.
3.4.2012	Die Botschaft Tadschikistans in Russland gibt eine scharfe Erklärung heraus, in der Usbekistan beschuldigt wird, durch die Eisenbahnblockade und Einstellung der Energielieferungen einen sozialen Aufstand in Tadschikistan provozieren zu wollen.
4.4.2012	Prinz Karim Aga Khan IV., das geistliche Oberhaupt der vor allem in Berg-Badachschan lebenden Ismailiten, trifft bei einem unangekündigten Besuch Tadschikistans mit Präsident Rachmon zusammen.
7.4.2012	Der bekannte Geschäftsmann und ehemalige Abgeordnete Nisomchon Dschurajew, der nach seiner unerwarteten Freilassung aus der Untersuchungshaft in Moskau wochenlang verschwunden war, erklärt im tadschikischen Fernsehen, er sei glücklich wieder in Tadschikistan zu sein. Dschurajew war 2009 vor einer drohenden Verhaftung nach Russland geflüchtet, sein Rechtsanwalt hat daher Zweifel, ob die Rückkehr freiwillig war.
10.4.2012	Der tadschikische Oppositionelle Dodoschon Atowullojew, gegen den am 12.1.2012 in Moskau ein Anschlag verübt worden war, verlässt Russland in unbekannte Richtung.
10.4.2012	Wegen Energiemangels arbeiten zurzeit 131 Fabriken mit aus Kohle gewonnenem Gas, darunter 80 Baumaterialienwerke und 20 metallurgische Betriebe, teilt das Industrieministerium mit.
10.4.2012	Auf der Website von Asia-Plus erscheint ein längerer Artikel des tadschikischen Journalisten Temur Varki, in dem er der Führung des Landes Fehler in der Außenpolitik vorwirft, die zu einer Isolierung und zu Problemen mit Usbekistan und Russland geführt haben.
12.4.2012	Der iranische Botschafter in Tadschikistan, Aliasgar Scherdus, gibt bekannt, dass sein Land Energielieferungen nach Tadschikistan zur Kompensierung der Ausfälle aus Usbekistan vorbereite.
13.4.2012	Außenminister Hamrochon Zarifi erörtert in einem Telefongespräch mit dem UN-Sondergesandten und Chef des Regionalzentrums für präventive Diplomatie, Miroslav Jenca, eine Verstärkung der Zusammenarbeit.
17.4.2012	Präsident Rachmon kritisiert, dass viele russische Journalisten in völliger Unkenntnis der Verhältnisse kritische Artikel über Tadschikistan schreiben würden und fordert grundsätzlich von Russland eine faire Partnerschaft.
17.4.2012	Avesta meldet unter Berufung auf das Finanzministerium, dass die tadschikischen Auslandsschulden am 1.4.2012 mehr als 2.138 Mio. US-Dollar betragen, größter Einzelschuldner ist China (878 Mio.).
17.4.2012	In Duschanbe beginnt der Prozess gegen drei wegen des Mordes an dem als Väterchen Frost verkleideten Parwis Dawletbekow am 31.12. angeklagte Männer.
19.4.2012	34 Bewohner des Bezirks Isfahan (Gebiet Sogd) werden wegen Straftaten, die sie als Mitglieder der verbotenen Islamischen Bewegung Usbekistans verübt haben, zu Haftstrafen zwischen acht und 28 Jahren verurteilt.
19.4.2012	In Duschanbe wird dem Verteidigungsministerium in einer feierlichen Zeremonie ein von den USA gestiftetes Minensuchgerät übergeben.
20.4.2012	Mit Unterstützung der UN wurden im Gebiet Chatlon nahe der Grenze zu Afghanistan zwei Zentren zur Unterstützung des grenzüberschreitenden Business für Afghanen und Tadschiken eingerichtet, meldet Chovar.
20.4.2012	Präsident Rachmon erteilt den Auftrag, die Miliz zu reformieren und in Polizei umzubenennen.

Turkmenistan

26.3.2012	In einer Video-Konferenz mit Präsident Gurbanguly Berdymuchammedow berichtet Vize-Premier Sapardurdy Tojljew, dass zurzeit – der Forderung des Präsidenten nach der Schaffung eines Mehrparteiensystem entsprechend – an der Gründung einer Landwirtschaftlichen Partei und einer Partei der Unternehmer Turkmenistans gearbeitet wird.
28.3.2012	Turkmenistan erklärt sich bereit, Erdgas nach Tadschikistan zu liefern, wenn Usbekistan den Transit zulässt.
29.3.2012	Gundogar meldet, dass bereits am 9.3.2012 die kostenlose Abgabe von Treibstoff an Besitzer von LKWs, Bussen und Traktoren abgeschafft wurde, weil sie diesen nicht wie vorgesehen nur privat genutzt hatten, sondern auch gewerblich.
31.3.2012	Präsident Berdymuchammedow unterzeichnet ein neues Reisegesetz, das ausdrücklich festlegt, dass Ausländern die Einreise und Bürgern Turkmenistans die Ausreise untersagt werden kann, wenn dies den Interessen der nationalen Sicherheit Turkmenistans widerspricht.
30.3.2012	Präsident Berdymuchammedow trifft mit dem Kommandeur des US Central Command, James Mattis, zu Gesprächen über Perspektiven der bilateralen Zusammenarbeit zusammen.
30.3.2012	Eine US-Delegation unter Leitung der Sonderbotschafterin für internationale Freiheit der Religion, Susan J. Cook, führt im Außenministerium und dem Institut für Demokratie und Menschenrechte des Präsidenten Turkmenistans Gespräche über eine Zusammenarbeit in der Gesetzgebung und bei der Umsetzung von Religions- und Glaubensfreiheit.
1.4.2012	In Turkmenistan wird ein Fest des Wassers unter dem Namen »Ein Tropfen Wasser – ein Körnchen Gold« mit zahlreichen Konzerten und verschiedenen Veranstaltungen gefeiert.
2.4.2012	Die vom Präsidenten angeordnete Woche der Gesundheit und des Glücks beginnt. Alle Mitarbeiter von Ministerien, Behörden, Organisationen und Unternehmen müssen an organisierten täglichen Sportübungen teilnehmen. Ohne jede Vorankündigung ist auch der Verkauf von Alkohol untersagt.
2.4.2012	Olga Sudowaja, Beraterin der regionalen Vertretung von UNODC, führt Gespräche im Ministerium für Gesundheit und Medizinindustrie sowie dem Parlament.
2.4.2012	Chronika Turkmenistana meldet, dass bereits im Februar die Visa-Verlängerung von sechs Freiwilligen des Peace Corps bis Mai dieses Jahres abgelehnt wurde und sie das Land verlassen mussten.
3.4.2012	Human Rights Watch fordert, dass Turkmenistan umgehend die Empfehlungen des UN-Menschenrechtsausschusses umsetzt und Maßnahmen zur Verbesserung der Menschenrechtssituation einleitet.
4.4.2012	Präsident Berdymuchammedow empfängt den afghanischen Minister für Bergbau, Wirtschafts- und Infrastrukturentwicklung, Wahidulla Shahrani, zu Gesprächen über das TAPI-Projekt und die weitere Zusammenarbeit beider Länder.
9.4.2012	Präsident Berdymuchammedow nimmt in Aschchabad spontan an einem Autorennen teil und gewinnt mit einer Rekordzeit. Die Veranstalter kündigen an, den vom Präsidenten gelenkten Wagen dem Nationalen Sportmuseum zu übergeben, meldet RosBusinessConsulting.
7.4.2012	Nach Angaben von RFE/RL hat eine Delegation der regionalen Vertretung des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes in Zentralasien eine Jugendhaftanstalt in Turkmenistan besucht und Gespräche mit Vertretern des Innen- und Außenministeriums geführt.
11.4.2012	Präsident Berdymuchammedow empfängt anlässlich des 20. Jahrestages der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Ländern den stellvertretenden russischen Außenminister, Grigorij Karasin, zu Gesprächen über den Ausbau der weiteren Zusammenarbeit.
11.4.2012	28 Vertreter turkmenischer Behörden, wissenschaftlicher Einrichtungen und sozialer Organisationen fahren im Rahmen des seit 2008 existierenden Austauschprogramms Otkrytyj Mir (»Offene Welt«) nach Washington D.C., um die Kontakte zwischen beiden Länder zu stärken.
13.4.2012	Präsident Berdymuchammedow entlässt den Minister für Energie und Industrie, Jarmuchammed Oraskulijew, Nachfolger wird Murad Artykow. Nach Angaben bei Gundogar ist die Beteiligung des Sohnes Oraskulijews an einem Verkehrsunfall Grund der Entlassung.
19.4.2012	Präsident Berdymuchammedow empfängt die pakistanische Außenministerin, Hina Rabbani Khar, zu Gesprächen über das TAPI-Projekt sowie die weitere Zusammenarbeit beider Länder.
19.4.2012	Der ehemalige Kommandeur der Grenztruppen, Tirkisch Tyrmjew, ist zu sieben weiteren Jahren Haft verurteilt worden, meldet der turkmenische Dienst von RFE/RL unter Berufung auf Familienangehörige. Tyrmjew war 2002 zu einer zehnjährigen Freiheitsstrafe wegen Machtmissbrauch verurteilt worden.

Usbekistan

26.3.2012	Ein Gericht in Taschkent verurteilt den Journalisten Viktor Krymsalow wegen Verleumdung zur Zahlung von 60 Minimallöhnen (3.775.200 Sum = mehr als 2.000 US-Dollar). Krymsalow bestreitet die Autorschaft des inkriminierten Artikels, der vor sechs Monaten auf centrasia.ru erschienen war und beschrieb, wie und von wem ein alter Mann, der nun ebenfalls zur Zahlung von umgerechnet 450 US-Dollar verurteilt wurde, unter Druck gesetzt wurde, damit er aus seiner Wohnung auszog.
27.3.2012	In Taschkent findet die 20. Sitzung der regionalen Anti-Terror-Struktur des SCO statt.
27.3.2012	Eine US-Delegation unter Führung der Sonderbotschafterin für internationale Freiheit der Religion, Suzan J. Cook, führt Gespräche im Außenministerium.
29.3.2012	General James Mattis, Chef des US Central Command, trifft in Taschkent mit Präsident Islam Karimow zu Gesprächen über die bilaterale Zusammenarbeit zusammen.
29.3.2012	Die Weltbank stellt ein 280 Mio. US-Dollar Darlehen zur Modernisierung der Stromversorgung der Stadt Taschkent und in den Gebieten Taschkent und Syrdarja zur Verfügung.
30.3.2012	Tadschikische Quellen melden, dass Usbekistan mit der Demontage der Gleise auf der nach Tadschikistan führenden Strecke Chaschadi-Amusang, die im November 2011 durch einen Bombenanschlag in Mitleidenschaft gezogen worden war, begonnen habe.
1.4.2012	Die Preise für Strom, Gas und Wasser werden um 7 bis 15 % angehoben; die letzte Erhöhung hatte es am 1.10.2011 gegeben.
1.4.2012	In einer Tankstelle in der Nähe des Taschkenter Flughafens kommt es zu zwei aufeinanderfolgenden Explosionen, die Tankstelle brennt ab, es gibt Verletzte. Ursache sind technische Mängel.
2.4.2012	Vor der Botschaft Usbekistans in Moskau demonstrieren zehn Foto-Journalisten in usbekischer Nationalkleidung gegen Deportationen nach Usbekistan und für freie Arbeit für Journalisten in Usbekistan.
2.4.2012	Der Außenminister von Singapur, Masagos Zulkifli, trifft zu einem viertägigen Arbeitsbesuch in Taschkent ein. Es sind Gespräche in mehreren Ministerien vorgesehen.
3.4.2012	Die Regierung beschließt einen Plan zur Erarbeitung weiterer gesetzlicher Schutzbestimmungen gegen Zwangs- und Kinderarbeit.
3.4.2012	In der georgischen Hauptstadt Tbilisi findet nach neunjähriger Unterbrechung erstmals wieder eine Sitzung der usbekisch-georgischen Zwischenregierungscommission statt.
3.4.2012	In Taschkent findet unter Vorsitz Präsident Karimows eine reguläre Sitzung des nationalen Sicherheitsrates statt, u. a. wird das Verhältnis zu Tadschikistan erörtert.
4.4.2012	Premierminister Schawkat Mirsijojew begründet in einer Erklärung die Unterbrechung der Energie- und Transportverbindungen nach Tadschikistan mit technischen Problemen und weist politische Intentionen zurück. Einen Transport turkmenischen Gases über usbekisches Territorium nach Tadschikistan erklärt er für ausgeschlossen.
4.4.2012	Reporter ohne Grenzen weist in einer Stellungnahme darauf hin, dass in den letzten Wochen in Usbekistan eine Welle der Verfolgung unabhängiger Journalisten stattgefunden hat und fordert die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel auf, an eine von usbekischer Seite gewünschte Einladung Präsident Karimows nach Deutschland Bedingungen im Menschenrechtsbereich zu knüpfen.
5.4.2012	Das bekannte unabhängige Ilkhom-Theater in Taschkent wird mit dem Prince-Claus-Award ausgezeichnet.
5.4.2012	Die Menschenrechtlerin Jelena Urlajewa wird in eine psychiatrische Klinik eingewiesen, anders als zuvor soll dieses Mal eine medizinische Indikation vorliegen.
6.4.2012	Die Agentur für Kommunikation und Information gibt bekannt, dass zum Jahresende 2012 eine Computerspiel-Akademie in Taschkent die Arbeit aufnehmen wird. Ihre Aufgabe soll die Entwicklung von nationalen Computerspielen, bzw. Übersetzung und Adaptation internationaler Spiele sein.
6.4.2012	In Taschkent wird die unabhängige Journalistin Jelena Bondar wegen Anstachelung zu ethnischem Hass zur Zahlung von 6,9 Mio. Som (mehr als 3.700 US-Dollar) verurteilt. Bondar bestreitet die der Anklage zugrunde liegenden Artikel geschrieben zu haben.
7.4.2012	Die US Commission on International Religious Freedom (USCIRF) rät dem State Department, wegen der Verschlechterung der Situation von Gläubigen Usbekistan wieder als Country of particular concern zu klassifizieren.
9.4.2012	Usbekische Delegationen nehmen an Treffen des Außenministerrats der GUS und der CSTO in Astana teil.

9.4.2012	Baroness Sayeeda Warsi, Ministerin ohne Geschäftsbereich, Mitglied des britischen House of Lords und stellvertretende Vorsitzende der Konservativen Partei, führt während ihres Usbekistanaufenthalts u. a. Gespräche im Außenministerium.
10.4.2012	In Taschkent findet die zweite Runde der usbekisch-estnischen politischen Konsultationen statt.
10.4.2012	RFE/RL meldet, dass Ärzte und Lehrer in einem Bezirk des Gebiets Buchara in diesem Monat einen Teil ihres Gehalts in Form lebender Hühner bekommen haben. Mit dieser Maßnahme, die auf andere Gebiete ausgedehnt werden soll, will man die einheimische Lebensmittelproduktion ankurbeln.
11.4.2012	Die Menschenrechtlerin Gulnora Juldashewa wird bei einem von den Sicherheitskräften initiierten Fall von Zahlung von Bestechungsgeldern verhaftet.
12.4.2012	Der Menschenrechtler Alischer Karomatow wird aufgrund seines schlechten Gesundheitszustandes aus dem Gefängnis entlassen. Er verbüßte seit 2006 eine neunjährige Freiheitsstrafe, sein Urteil soll auf einem durch Folter erpressten Schulbekenntnis beruhen.
13.4.2012	Mit Unterzeichnung des entsprechenden Dekrets durch Präsident Karimow wird die Sondersteuerzone Angren geschaffen, durch die mehr ausländische Investoren, vor allem im Bereich High Tech Verarbeitung einheimischer Bodenschätze, angelockt werden sollen.
13.4.2012	Uznews.net meldet, dass der Chef des Nationalen Sicherheitsdienstes, Rustam Inojatow, schon des längeren weder in seinem Amt noch in der Öffentlichkeit gesehen wurde und zitiert politische Emigranten, die sein Leben in Gefahr sehen.
16.4.2012	Zum neunten Mal seit 2011 senkt Uzbektelecom die Preise für Internetanbieter.
16.4.2012	Die staatliche Uzbekneftegaz teilt mit, dass die Erdgaslieferungen nach Tadschikistan auf der Basis des am 11.4.2012 unterzeichneten Vertrages wieder aufgenommen wurden.
16.4.2012	Mehr als 20 Mitglieder der Familie des Führers der oppositionellen usbekischen Birdamlik Bewegung, Bahodir Tschorijew, fordern während einer mehrstündigen Demonstration vor der usbekischen Botschaft in Washington den Rücktritt Präsident Karimows und die Freilassung der politischen Gefangenen.
17.4.2012	Zwischen der oppositionellen Volksbewegung Usbekistan und dem ebenfalls oppositionellen im Exil betriebenen Nachrichtenportal Uznews.net sind öffentliche Meinungsverschiedenheiten ausgebrochen. Mitglieder der Volksbewegung sind verärgert über einige kritische Artikel und bewerten sie als indirekte Stärkung des Regimes, die Betreiberin von Uznews.net, Galima Bucharbajewa, wirft ihnen im Gegenzug ein fehlendes Verständnis von Pressefreiheit vor.
17.4.2012	Der im Exil lebende usbekische Oppositionelle Muhammad Salih erklärt in einem Interview mit dem Russischen Dienst der BBC, dass die Erfahrungen des Arabischen Frühlings den bewaffneten Kampf gegen Diktatoren wie Islam Karimow rechtfertigen würden.
18.4.2012	Präsident Karimow unterzeichnet einen Erlass, mit dem alle Kriegsveteranen am 9. Mai 400.000 Sum (142 US-Dollar) ausgezahlt bekommen.
19.4.2012	Präsident Karimow empfängt den Direktor der russischen Lukoil, Wagit Alekperow, zu Gesprächen über die weitere Zusammenarbeit.

Sie können die gesamte Chronik seit 2008 auch auf <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Die Zentralasien-Analysen werden vom Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft sowie zusätzlich von der GIZ unterstützt.



Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Zentralasien-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Beate Eschment

Redaktionsassistentin: Margarethe Waldt

Satz: Matthias Neumann

Zentralasien-Analysen-Layout: Matthias Neumann, nach einem Konzept von Cengiz Kibaroglu, mit einer Grafik von Sebastian Klüsener

Die Zentralasien-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1866-2110 © 2012 by Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. und Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. • Schaperstraße 30 • 10719 Berlin • Telefon: +49 30 214 784 12 • Telefax: +49 30 214 784 14

e-mail: Zentralasien-Analysen@dgo-online.org • Internet-Adresse: www.laender-analysen.de/zentralasien

Abstracts von Aufsätzen aus OSTEUROPA 3/2012 mit Bezug zu Zentralasien

OSTEUROPA 3/2012 ist erschienen. Es enthält einen Schwerpunkt zu Geschichte und Erinnerung in Zentralasien. Das Heft hat 208 S., enthält 28 Abb., 2 Karten und kostet 10,00 €. Zu beziehen ist es über osteuropa@dgo-online.org. Im Einzelnen enthält es folgende Beiträge zu Zentralasien:

Rudolf A. Mark

Mit Schwert und Feder

Russland und die Eroberung Mittelasiens seit Peter

Russlands Vordringen nach Mittelasien gilt gemeinhin als eine Folge des Krimkrieges und als Reaktion auf die imperiale Politik Großbritanniens. Tatsächlich setzte die Eroberung jedoch nicht erst im 19. Jahrhundert, sondern unter Peter dem Großen ein und folgte einer inneren Logik. Russland wollte Zugang zum Welthandel erhalten, Mittler zwischen Asien und Europa sein und sein Territorium ausdehnen. Treibende Kräfte der Expansion waren Wissenschaftler, allen voran Geographen und Vermessungstechniker, später Staatswissenschaftler. Sie garantierten die Konstanz und Nachhaltigkeit des asiatischen Projektes. Wissenschaftler gewannen Informationen über das Aufmarschgebiet, legitimierten die Eroberung und verliehen der kolonialen Aneignung akademische Weihen. Früher als in den europäischen Imperien wurden die Disziplinen im Zarenreich zu »imperial sciences«.

Robert Kindler

Opfer ohne Täter

Kasachische und ukrainische Erinnerung an den Hunger 1932/33

In der Ukraine ist die Hungersnot von 1932/33 ein wesentlicher Bestandteil nationaler Identität, während dem Thema im ebenso betroffenen Kasachstan deutlich geringere Bedeutung beigemessen wird. So unterschiedlich beide Gesellschaften mit diesem dunklen Kapitel ihrer Geschichte umgehen, in einem Punkte gleichen sich die Erzählungen über die Hungersnot: Hier wie dort dominiert eine Opferperspektive, die weitgehend ohne Täter auskommt. Diese Seite der eigenen »schlimmen Vergangenheit« zu beschweigen, erscheint aus kasachischer wie ukrainischer Perspektive durchaus rational.

Christian Teichmann

Arbeiten, kämpfen, scheitern

Ein kirgisches Funktionärstagebuch aus der Stalinzeit

Tagebücher gehören zu den umstrittensten Quellengattungen aus der Stalinzeit. Nach gängiger Interpretation ist das Tagebuchschreiben im Stalinismus eine Technik der sozialistischen Subjektwerdung, ein Mittel der Selbstideologisierung. Das Beispiel des kirgisischen Kommunisten Jusup Abdrachmanov zeigt hingegen, dass selbst hohen Funktionären das Tagebuch als Medium dienen konnte, um ihre wachsende Entfremdung von der neuen Herrschaftsordnung zu thematisieren. Abdrachmanovs Tagebuch legt Zeugnis ab von der rücksichtslosen und gewaltsamen Durchsetzung der Diktatur. Am Ende fiel auch der Tagebuchschreiber ihrer zerstörerischen Dynamik zum Opfer.

Tim Epkenhans

Zwischen Mythos und Minenfeld

Historiographie in Tadschikistan

Die postsowjetische Geschichtsschreibung Tadschikistans basiert auf einer Umdeutung von historischen Narrativen der Sowjetzeit. Die offizielle Rekonstruktion der »authentischen« tadschikischen Identität orientiert sich an einer weit entfernten, mythischen Vergangenheit, die mit der Gegenwart wenig gemein hat. Gleichzeitig versucht die Regierung, sich die Deutungshoheit über die Erinnerung an den verheerenden Bürgerkrieg (1992–1997) zu sichern. Nach einer Phase der Verdrängung, in der die Rhetorik der nationalen Einheit dominierte, inszeniert sich der amtierende Präsident Rahmon seit Mitte der 2000er Jahre immer deutlicher als Sieger des Bürgerkriegs. Einen Kontrapunkt hierzu setzten in jüngster Zeit einige unabhängige Medien.

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Askar Djumashev, Thomas Loy

Karakalpakstan und der »Kilometer 80«

Nationalitäten und Erinnerung im autoritären Usbekistan

1991 legte Usbekistans Präsident Islom Karimov am Rande der Kyzylkum-Wüste den Grundstein für eine »künftige Hauptstadt Karakalpakstans«. Bis heute steht davon nicht mehr als der Rohbau des geplanten Sitzes des Obersten Sowjet der autonomen Republik. Was auf den ersten Blick absurd wirkt, hat in Wirklichkeit symbolischen Charakter: »Kilometer 80« südlich der tatsächlichen karakalpakischen Hauptstadt Nukus markiert die Grenze zwischen dem karakalpakisch-kasachisch besiedelten und dem usbekisch dominierten Teil Karakalpakstans. Karimovs Geste enthielt damit eine versteckte, doch klare Absage an die Befürworter einer karakalpakischen Unabhängigkeit. An »Kilometer 80« manifestieren sich die Folgen der sowjetischen Nationalitätenpolitik wie auch der restriktive Umgang des heutigen autoritären Regimes mit diesem Erbe.

Tobias Rupprecht

Musenkuss in Nukus

Sowjetische Avantgarde-Kunst in der usbekischen Provinz

Karakalpakstan ist als Schauplatz einer ökologischen Katastrophe globalen Ausmaßes bekannt: der Austrocknung des Aralsees. Weniger bekannt ist, dass in Nukus, der Hauptstadt der Autonomen Republik in Usbekistan, ein kulturelles Kleinod erster Güte zu finden ist: Das staatliche Kunstmuseum der Republik verfügt über eine der weltweit bedeutendsten Sammlungen sowjetischer Avantgarde-Kunst. Die rund 15 000 Gemälde, die Museumsgründer Igor' Savickij seit den 1960er Jahren in der ganzen Sowjetunion im Verborgenen sammelte, erzählen die Geschichte einer Generation von Künstlern, die – vielfach auch physisch – zu Opfern der stalinistischen Kulturpolitik wurden, auch nach Stalins Tod verfemt blieben und erst von Savickij dem Vergessen entrissen wurden.

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft
oa



■ Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft arbeitet seit 1952 aktiv daran, die Handels- und Investitionsbedingungen für deutsche Unternehmen in über 20 Ländern des östlichen Europas und Zentralasiens zu verbessern.

■ Wir sind die Stimme der deutschen Wirtschaft in bilateralen Gremien und vernetzen Wirtschaft und Politik durch die Organisation exklusiver Wirtschaftsgespräche und Delegationsreisen.

■ Unsere Konferenzen und Fachseminare informieren Sie über aktuelle Entwicklungen zwischen Zagreb und Wladiwostok.

■ Mit unseren Projekten fördern wir die marktwirtschaftliche Entwicklung in Osteuropa und investieren in die Aus- und Weiterbildung junger Menschen.

Weitere Informationen zu unseren Veranstaltungen, Publikationen und zur Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss finden Sie unter: www.ost-ausschuss.de

Brücke zu den Zukunftsmärkten

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de

Belarus-Analysen

Die Belarus-Analysen bieten einmal alle zwei Monate eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Caucasus Analytical Digest

Der Caucasus Analytical Digest bietet einmal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/>

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Russland-Analysen

Die Russlandanalysen bieten vierzehntägig eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen bieten eine monatliche Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: Zentralasien-Analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Belarus, Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de